

A1NEU Lokales

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.12. Zusatz - Lokales

Text

Lokales

Handlungsbedarf in den Stadtteilen

Kronsforde

- Einrichtung Kinderspielplatz
- Bau eines Kinderspielplatzes
- Zebrastreifen für die Überquerung der Hauptstraße
- Geschwindigkeit Durchgangsverkehr reduzieren (30)
- Geschwindigkeitsbegrenzung für den Durchgangsverkehr (Tempo 30)
- Radwege in Stand setzen / verbessern
- Altes Spritzenhaus einer sinnvollen Nutzung zuführen (Haus der Begegnungen)

St. Jürgen

- Sichere Fuß- und Radquerung St. Jürgen-Ring
- Aufwertung des Marktes am Brink, z.B. durch weitere Fahrradständer
- Prüfung einer Geh- und Radwegbrücke über den Elbe-Lübeck-Kanal zur Verbindung der Straßen Bei der Gasanstalt und Nelkenstraße
- Fahrradgerechter Umbau Mühlentorteller
- Zusätzliche Carsharing-Angebote, insbesondere im Hochschulstadtteil
- Automatisierung des Bahnüberganges in der Ratzburger Allee (Nähe UKSH) aus Richtung Lübeck kommend (die andere Richtung ist bereits automatisiert, dies reduziert die Schließzeit jeweils um mehrere Minuten)
- Bewahrung und konsequente Durchsetzung der Regeln einer Fahrradstraße in der Dorfstraße
- Tempo 30 Zone im gesamten Mönkhofer Weg

Buntekuh und Moisling

- Kleingartenflächen gemeinnützig nutzen (Urban Gardening, Sport, etc.)
- Möglichkeiten für den Fuß- und Radverkehr verbessern (bspw. Zebrastreifen zur Querung Andersenring)
- Aufenthalts- und Freizeitorte für Jugendliche schaffen, z.B. ein sogenanntes Street-Mekka
- mehr Bildungsangebote
- Direkte Geh- und Radwegeverbindung von dem neuen Bahnhofsteppunkt Moisling und dem Gewerbegebiet Genin (Oberbüssauer Weg, parallel zur Bahnstrecke

Richtung Niederbüssauer Weg und dann einen Abzweiger zur baltischen Allee und zur Geniner Dorfstr.)

- direkte Geh- und Radwegeverbindung von dem neuen Bahnhofsteppunkt Moising und dem Gewerbegebiet Genin (Oberbüssauer Weg, parallel zur Bahnstrecke Richtung Niederbüssauer Weg und dann einen Abzweiger zur baltischen Allee und zur Geniner Dorfstr.)

- Entlastung für die Kreuzung Andersenring/August-Bebel-Straße, z.B. durch angepasste Ampelschaltung oder Änderung der Fahrbahnmarkierungen

St Lorenz Süd

- Schaffung zusätzlicher Grünanlagen und Erholungsräume
- Spargelhof zur Grünfläche umgestalten und an Naturerlebnisraum Landgraben anbinden (Konzept Initiative Broilingplatz)
- Durchgängigkeit für den Fußverkehr verbessern (zugeparkte Fußwege)
- mehr Bildungs- und Sozialangebote (Migration, Senior*innen)
- Ufer des Stadtgrabens von Müll freihalten
- Grundschule Schönböcken räumlich angemessen Ausstatten (Klassenräume, eigene Sporthalle)
- Engagierte Vereine im Quartier durch die Stadt unterstützen (bspw. FC Dornbreite)
- Erhalt von vorhandenen Freizeitangeboten

- 54 • Besserer Zugang zum Wasser (Bahntrasse erschwert die Anbindung,
55 Überdachung?)
- 56 • Sicherheit im Fahrradverkehr verbessern (bspw. Sanierung und Ausbau der
57 Fahrradwege an der Schwartauer Landstraße / Allee, Waisenhofstraße als
58 Fahrradstraße)
- 59 • Ampelschaltung Ecke Einsiedelstraße / Katharinenstraße für bessere
60 Durchgängigkeit Fahrradverkehr anpassen
- 61 • Situation für Fußgänger an der Ecke Pellwormstraße / Schwartauer
62 Landstraße verbessern (bspw. bessere Ampelschaltung oder Ersatz durch
63 Zebrastreifen)
- 64 • Verkehr in Wohngebieten entschleunigen (bspw. Straßenmöbel)
- 65 • Verkehr in der Triftstraße beruhigen
- 66 • Nahversorgung verbessern durch Ausbau des Angebotes im Hansering
- 67 • Öffnung der Finkenstraße zwischen Moislinger Allee und Lachswehrallee für
68 Fußgänger*innen und Radverkehr
- 69 • Ausbau der Wielandbrücke für kombinierten Fuß- und Radverkehr
- 70 • Waisenhofstraße / Brolingstraße als Alternative zu Lohmühle und
71 Schwartauer Allee für Fahrradfahrer aufwerten (bspw. Fahrradstraße)
- 72 • Struckbachtal als grüne Naherholungsfläche aufwerten
- 73 • Fahrradgerechter Umbau Lindenteller und Puppenbrücke

St. Lorenz Nord

- Spargelhof zur Grünfläche umgestalten und an Naturerlebnisraum Landgraben anbinden (Konzept Initiative Brolingplatz)
- Grundschule Schönböcken räumlich angemessen Ausstatten (Klassenräume, eigene Sporthalle)
- Engagierte Vereine im Quartier durch die Stadt unterstützen (bspw. FC Dornbreite)
- Wirksamer und möglichst wenig störender und sichtbehindernder Lärmschutz für die Bahntrasse wegen des zunehmenden Verkehrs durch die feste Fehmarnbeltquerung
- Sanierung und Ausbau der Fahrradwege an der Schwartauer Landstraße / Allee und Regulierung der Waisenhofstraße als Fahrradstraße
- Ampelschaltung Ecke Einsiedelstraße / Katharinenstraße für bessere Durchgängigkeit Fahrradverkehr anpassen
- Situation für Fußgänger an der Ecke Pellwormstraße / Schwartauer Landstraße verbessern (bspw. bessere Ampelschaltung oder Ersatz durch Zebrastreifen)
- Struckbachtal als grüne Naherholungsfläche aufwerten
- Besseren Zugang zum Wasser ermöglichen

St Gertrud

- Bessere Fahrraderschließung im Stadtpark
- Verkehrsberuhigung in Schulstraße und Lange Reihe
- Anwohnerparkzone und Carsharing Angebote an der Falkenwiese zur Entlastung des Quartiers einrichten
- Wakenitzufer als Fahrradstraße umbauen

- 99 • ERA-konformer Ausbau des Radwegs parallel zur Falkenstraße
100
101 Umsetzung des Quartierskonzeptes Marli, insbesondere im Hinblick auf die
102 Sanierung von Wohngebäuden
- 103 Entwicklung des Gustav-Radbruch-Platzes forcieren
- 104 • Carsharing Angebote im Gewerbegebiet Gleisdreieck
- 105 **Israelsdorf & Karlshof**
- 106 • Die Einhaltung der vorhandenen Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 durch
107 gestalterische Maßnahmen unterstützen (bspw. Blumenkübel)
- 108 • Durchgängigkeit von Gehwegen für Rollstühle und Kinderwagen sicherstellen
109 (bspw. Forstmeisterweg, Reorganisation Parken)
110
111 Einrichtung von einseitigen Halteverboten in schmalen Straßen prüfen (z.B.
112 Neuer Faulenhoop, Sturbusch, Tilgenkrug, Steinkrug), um das Durchkommen
113 für Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr zu gewährleisten
- 114 **Eichholz**
- 115 • Besserer Besserer Schutz Naturschutzgebiet
- 116 • Kürzere Kürzere Reinigungs- und Müllentsorgungsintervalle an den
117 Bushaltestellen
- 118 • Ausbau und Sanierung des Radweges bis zur Landesgrenze nach Herrnburg
- 119 • Wanderweg an der Wakenitz öffnen
- 120 • Verkehrsberuhigung im Heiweg

- 121 • ERA-konformer Ausbau eines Radweges parallel zur Straße "An den
122 Schießständen"/"Kirschenallee"

- 123 • Bessere Ausschilderung des Radweges nach St. Jürgen

- 124 • Fahrradabstellmöglichkeiten an den Bushaltestellen

125 **Schlutup**

- 126 • Nahversorgungssituation / Einzelhandel verbessern, Ansiedlung sollte von
127 Verwaltung angestrebt werden

- 128 • Attraktivität Schlutuper Markt verbessern

- 129 • ÖPNV Anbindung verbessern

- 130 • Situation für Fahrradfahrer*innen in Schlutup verbessern

- 131 • Wahrnehmung von Schlutup als Teil von Lübeck verbessern

- 132 • Attraktivität für junge Menschen verbessern

- 133 • soziale und kulturelle Angebote verbessern

- 134 • Umzug des Jugendzentrums vom Zollhaus in die alte Kegelhalle des TSV
135 Schlutup

136 **Kücknitz**

- 137 • Situation für Fahrradfahrer*innen verbessern (u.a. Dummersdorfer Straße,
138 Anbindung nach Travemünde)

- 139 • Konsequente Prüfung aller Alternativen, um die finanzielle Belastung durch
140 den Tunnel zu reduzieren
- 141 • Versorgung von Lastkraftfahrer*innen im Gewerbegebiet verbessern (Abfall,
142 Übernachtung, Sanitär etc.)
- 143 • Entwicklung der Kiesgrube am Hirtenbergweg zum Naherholungsgebiet
- 144 • Verbesserte Unterstützung der aktiven Vereine durch die Stadt (bspw.
145 Clubheim TSV-Kücknitz)
- 146 • ÖPNV-Anbindung für das Tierheim Lübeck

147 **Travemünde**

- 148 • Behutsamer Umgang mit Neubaugebieten und Nachverdichtungen
- 149 • Fahrradwege sinnvoll kennzeichnen und angemessen ausbauen
- 150 • Fahrradwege sanieren (bspw. Außenallee)
- 151 • Soziale Angebote schaffen (Jugendzentrum, Stadtteilzentrum)
- 152 • Begrenzung des Gästebettenwachstums auf ein verträgliches Maß
- 153 • Keine 2. Zufahrt
- 154 • Mobilitäts- und Verkehrskonzept einschließlich Parkleitsystem,
155 Anwohnerparkzonen, Park&Ride und Schwerpunkt ÖPV/ÖPNV

156 • Mindestens alle 15 Minuten eine schnelle ÖPNV Verbindung ins Lübecker
157 Zentrum

158 • Unentgeltliche Nutzung der Priwallfähren für Fußgänger*innen und
159 Fahrradfahrer*innen

160 • Bessere Unterstützungsangebote für Obdachlose, proaktive Angebote
161 insbesondere in Schwerpunktbereichen (Parks und Grünflächen)

162 **Innenstadt**

163 **Altstadt**

164 • Bessere Ausstattung mit Fahrradabstellmöglichkeiten

165 • Unterstützung der Projektinitiative Hafenschuppen zur Entwicklung der
166 nördlichen Wallhalbinsel mit Erhalt der Hafenschuppen

167 • Barrierefreies Wegenetz für Fußgänger bauen

168 • Bestehende Fahrradstraße auf Basis der gesetzlichen Vorgaben überprüfen
169 und auf Grundlage der Vorgaben umbauen.

170 • Entwicklung des Gustav-Radbruch-Platzes forcieren

171 • Umsetzung der Maßnahmen im Beteiligungsverfahren LübeckÜBERMorgen
172 Rahmenplan Innenstadt

A2NEU 4. Soziales

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.6. Kapitel 4 - Soziales

Text

Frauen* und Gleichberechtigung

Als feministische Partei setzen wir uns für die **Gleichberechtigung aller Menschen** ein. Unsere Gesellschaft ist geschlechtlich und sexuell vielfältig. Diese Vielfalt wollen wir stärken, schützen und ein wertschätzendes Bewusstsein frei von Diskriminierungen schaffen.

Die Stärke unserer Gesellschaft liegt in der Vielfalt ihrer Mitglieder. Jede und jeder hat ein Recht auf freie Entfaltung ohne Angst vor Gewalt und Diskriminierung. Geschlechtsspezifische Gewalt hat keinen Platz in einer freien und demokratischen Gesellschaft. Sich auf das soziale Geschlecht beziehende Stereotype hindern Menschen in ihrer freien Entfaltung. Wir wollen **geschlechtsspezifische Gewalt bekämpfen** und mit unserer Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit Stereotype in Frage stellen und Neubewertungen anregen.

Frauen*

Frauen* machen rund die Hälfte der Gesellschaft aus. Dennoch werden sie auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens noch immer nicht gleichberechtigt behandelt: im Privaten übernehmen Frauen* den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und im Beruf bestehen keine Chancengleichheit und keine Entgeltgleichheit (Equal Pay). Patriarchale Strukturen und geschlechtsspezifische Stereotype hindern Frauen* an ihrer individuellen Entfaltung und Teilhabe.

Wir fordern die Hälfte der Macht und volle Gleichberechtigung für Frauen* in Lübeck. Gleichberechtigung braucht Teilhabe, Sichtbarkeit und Stimmengewalt. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil von Frauen* in kommunalpolitischen Ämtern und Gremien deutlich zu erhöhen - **Parität ist das Ziel!** Wir GRÜNE besetzen unsere Liste für die Kommunalwahl 2023 paritätisch und quotiert - auf Platz 1 steht eine Frau*. GRÜNE Gremien und Listen sind stets quotiert.

Längst überfällig und unabdingbar für volle Gleichberechtigung ist die **Einrichtung eines eigenständigen Gleichstellungsausschusses** auf kommunaler Ebene. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Fragen der Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit im Hauptausschuss *mitbehandelt* werden.

Die Verwaltung der Stadt Lübeck fordern wir auf, die in der Bürgerschaft beschlossene Kinderbetreuung während der Sitzungen *aller* kommunalpolitischen Gremien umzusetzen, um insbesondere Frauen* die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

LGBTQIA*

Unsere Gesellschaft ist geschlechtlich und sexuell vielfältig - **queer!** Jedes einzelne Mitglied hat das Recht auf individuelle Entfaltung frei von Angst vor Gewalt oder Diskriminierung. Auch die Herausforderungen, vor denen queere Menschen im gesellschaftlichen Alltag stehen und ihre Bedürfnisse und Sorgen sind vielfältig. Sie erleben immer wieder spezifische Diskriminierung bis hin zur Gewalt.

Wir möchten die queere Community in Lübeck stärken, schützen und ein wertschätzendes Bewusstsein für die besonderen Bedürfnisse queerer Menschen schaffen. **Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe queerer Menschen ein.** Queerpolitik soll fester Bestandteil politischen Handelns in Lübeck werden. Wir fordern daher eine*n **Vielfalts-Beauftragte*n in der städtischen Verwaltung.** Wünschenswert sind Fortbildungen und eine damit einhergehende Sensibilisierung für Mitarbeiter*innen der öffentlichen Verwaltung und städtischen Einrichtungen im Bereich der geschlechtlichen Vielfalt.

Wir wollen insbesondere an Schulen **queere Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit** verstärken und das **Beratungsangebot** für queere Menschen jeden Alters ausbauen, verstärkt auch für queere Menschen ab 30 Jahre bis ins hohe Alter. Für ältere queere Menschen, die nachweislich ein besonders hohes Risiko für Einsamkeit aufweisen, wollen wir in einem Pilotprojekt queere Gemeinschaftswohnkonzpte erproben.

Für eine gleichberechtigte, queerfreundliche Infrastruktur in Lübeck fordern wir das Bereitstellen weiterer Unisex-Toiletten und die Verwendung geschlechtsgerechter Beschilderungen im öffentliche Raum.

Istanbul-Konvention:

Geschlechtsspezifische Gewalt nimmt weiter zu. Gewalt gegen Kinder, Frauen* und queere Menschen ist keine Privatangelegenheit oder persönliches Schicksal. Es ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, geschlechtsspezifische Gewalt zu

62 bekämpfen. **Wir fordern die umfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention zum**
63 **Schutz von Kindern und Frauen* vor Gewalt in Lübeck!** Dafür müssen personelle und
64 finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung findet in enger
65 Zusammenarbeit mit den entsprechenden Lübecker Akteur*innen, der
66 Gleichstellungsbeauftragten und der städtischen Verwaltung statt.
67 Handlungsempfehlungen von Landesebene liegen ausreichend vor.

68 Ein wichtiger Baustein zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist die
69 **Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit.** Wir fördern die Teilnahme von Kindern
70 und Jugendlichen sowie Mitarbeiter*innen an präventiven Maßnahmen in
71 Bildungseinrichtungen wie KiTa und Schule und in Vereinen und Verbänden.

72 Um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, braucht es deutlich **mehr**
73 **niedrigschwellige, mehrsprachige Beratungsangebote und Schutzräume** für von
74 Gewalt betroffene Menschen. Wir setzen uns für den Ausbau und die langfristige
75 Finanzierung dieser ein.

76 Gleichberechtigung:

77 Wir setzen uns für die **Gleichberechtigung aller Geschlechter** ein.
78 Gleichberechtigung muss gewollt und ermöglicht werden. Sie muss von der Mehrheit
79 der Gesellschaft getragen werden. Die Stadt Lübeck soll als Vorbild fungieren.

80 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Umsetzung des 1. Aktionsplans
81 Gleichstellung im Rahmen der Europäischen Charta und fordern die langfristige
82 Weiterführung und Fortschreibung. Der Beschluss, einen Aktionsplan
83 Gleichstellung LSBTI* aufzustellen, muss endlich realisiert werden - in enger
84 Kooperation mit der Lübecker Community. Zudem sollte eine Verknüpfung der beiden
85 Aktionspläne erfolgen. Die aktive Umsetzung beider Aktionspläne bedeutet auch,
86 dass Menschen aller Geschlechter bei städtischen Entscheidungen und Vorhaben
87 berücksichtigt werden.

88 Um dies sicherzustellen, fordern wir endlich die Umsetzung des bereits im Jahr
89 2012 in der Bürgerschaft beschlossenen **Gender Budgeting**, um eine
90 geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel im Haushalt zu
91 ermöglichen.

92 Auch als Arbeitgeber soll die Stadt Lübeck mit gutem Beispiel vorangehen.
93 Stellen sollen paritätisch besetzt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und
94 Beruf muss durch flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit zum Arbeiten im
95 Home Office oder zu Mobiler Arbeit weiter verbessert werden.

96 Wir wirken auf die Novellierung des Gleichstellungsgesetzes auf Landesebene hin,
97 um eine **paritätische Besetzung der Führungspositionen in städtischen**

Gesellschaften durchsetzen zu können.

Gleichberechtigung braucht eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Außenwirkung. **Wir fordern daher, dass auf den Flächen der Stadt Lübeck keine sexistischen, rassistischen oder diskriminierenden Werbeinhalte** mehr gezeigt werden. Dies wollen wir in der Sondernutzungssatzung verankern.

Soziales

Für uns gehören **Gerechtigkeit und Teilhabe für alle zu den Leitideen unserer Sozialpolitik**. Wir begegnen allen Menschen auf Augenhöhe. Perspektiven aufzeigen, Brücken bauen und sicheren Halt geben - GRÜNE Sozialpolitik wirkt direkt und nachhaltig!

Armut und soziale Benachteiligung hindern Menschen an ihrer individuellen Entfaltung. **Wir setzen uns für sozial gerechte Strukturen in Lübeck ein**. Dabei berücksichtigen wir insbesondere die Besonderheiten der einzelnen Stadtteile und ihrer Bewohner*innen.

Wohnen

Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht und eine wichtige Säule der Daseinsvorsorge. Bei immer weiter steigenden Mieten, höheren Kosten für Eigentum und explodierenden Energiepreisen **muss Wohnen für alle Menschen bezahlbar bleiben!**

Wir machen uns stark für die **Anpassung der Mietobergrenzen an den aktuellen Mietspiegel**, damit diese von den Ämtern bei Beantragung von Sozialleistungen entsprechend berücksichtigt werden. Wir setzen uns für verstärkte **Hilfen bei der Deckung der Energiekosten für die Bürger*innen** auch von kommunaler Seite ein.

Wohnen ist mehr als nur ein Dach über dem Kopf zu haben. Es bedeutet, **ein Zuhause zu haben, in dem ein Wohlgefühl besteht - bedarfsgerecht und sicher!** Wenn Wohnraum knapp wird und die Mieten steigen, haben es bestimmte Personengruppen oft besonders schwer, z.B. Menschen mit geringem Einkommen, Senior*innen, Menschen mit besonderen Bedarfen, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, Familien, Auszubildende, Studierende. Bei Verlust der Wohnung droht die Verdrängung aus dem gewohnten Wohnumfeld bei gleichzeitiger Not, neuen, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir setzen uns daher aktiv für eine **bedarfsgerechte soziale Vielfalt in allen Stadtteilen** ein und **unterstützen ausdrücklich Initiativen zur Stadtteilentwicklungen wie die Soziale Stadt Moisling und Kücknitz**.

Wir setzen uns für **Begegnungsorte und Kulturräume in allen Stadtteilen** ein und

wollen im öffentlichen Raum generationsübergreifende, niedrigschwellige und inklusive Angebote zum Austausch schaffen. Das können z.B. beschattete Sitzbänke, Spielgeräte oder Sportparcours sein.

Nicht immer lässt sich der Verlust der Wohnung und ungewollte Obdachlosigkeit rechtzeitig verhindern - die Gründe hierfür sind vielfältig. Wir **begegnen wohnungslosen und obdachlosen Menschen auf Augenhöhe**. Wir setzen uns dafür ein, dass die ihnen zustehenden Sozialleistungen unkompliziert beantragt werden können und zuverlässig ankommen.

Wir unterstützen ausdrücklich den Ansatz von *Housing-First-Projekten* und möchten deren Umsetzung auch in Lübeck prüfen.

Obdachlose Menschen wollen wir im öffentlichen Raum besser vor Gewalt schützen und ihnen zusammen mit allen Akteur*innen sichere Anlauforte bieten. Entsprechende Angebote für obdachlose Menschen sollen weiter ausgebaut werden. Hierzu gehört die **Etablierung eines mobilen Duschbusses für Menschen ohne Obdach**.

Das Ziel muss weiterhin der Schutz aller vor Wohnungslosigkeit sein!

Armut und Teilhabe

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, Ungerechtigkeiten nehmen zu und viele Menschen fühlen sich bereits abgehängt. Armut ist ein gesellschaftliches, ein strukturelles Problem. **Wir wollen sozial gerechte Strukturen schaffen**. Kein Mensch soll in Armut leben.

Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe sind wichtig, um Armut zu verhindern und zu überwinden. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Kultur, Sport, Musik und Bildung soll allen Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage, Herkunft oder Lebens- und Wohnsituation zugänglich sein.

Den kommunalen Armuts- und Sozialbericht wollen wir um einen Maßnahmenkatalog gegen Armut weiterentwickeln und dabei sozialraumbezogene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung verbindlich umsetzen.

Wir möchten Menschen mit Unterstützungsbedarf den **Zugang und die Beantragung von Leistungen erleichtern**. Die Beantragung soll niedrigschwellig und leicht verständlich sein. Wir möchten, dass Antragsteller*innen proaktiv seitens der Leistungsträger über weitere ihnen zustehende Unterstützungsangebote informiert werden, dies gilt insbesondere für **Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder**.

Frühzeitige Hilfen und Beratungsangebote, wie z. B. die Schuldenberatung, wollen wir langfristig unterstützen und ausbauen. Um die wertvolle Arbeit der sozialen Träger in unserer Stadt zu stärken und ökonomische Risiken zu begrenzen, werden wir die Budgetverträge dynamisieren und steigende Preise über eine Inflationskomponente ausgleichen.

Senior*innen

Einsamkeit im Alter und Altersarmut nehmen zu. Immer mehr Senior*innen fühlen sich im digitalen und sich schnell wandelnden Alltag alleingelassen. Sie ziehen sich zurück und nehmen kaum noch am gesellschaftlichen Leben teil. Unsere Gesellschaft braucht jedoch das Wissen und Erfahrungen der älteren Generationen. **Wir wollen die Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben stärken und nachhaltig fördern.** Hierzu zählt eine stadtteilbezogene Sozialarbeit wie das Projekt *„Großeltern im Quartier“* der Gemeindediakonie, welches wir auf weitere Stadtteile ausweiten wollen. Auf der Basis der Pflegebedarfsplanung wollen wir konkrete quartiersbezogene Maßnahmen ergreifen, um zu ermöglichen, dass pflegebedürftige Menschen möglichst lang und selbstbestimmt in Ihrem angestammten Quartier leben können. Wir wollen insbesondere den Austausch auf Augenhöhe zwischen den Generationen fördern und Jung und Alt in den Dialog bringen. Mit gezielten Angeboten des Zusammenkommens soll ein wertschätzendes Miteinander gefördert werden, z. B. Zeitzeug*innen in den Schulen, die Erinnerungen und „altes“ Wissen weitergeben, Jugendliche als Digital-Lots*innen für ältere Menschen, Vorlesepat*innen, Kultur-Tandems.

Zusammen mit den Akteur*innen und der kommunalen Senior*innen-Vertretung wollen wir entsprechende Angebote ausgestalten.

Inklusion

Die Forderung *„Nicht über uns ohne uns“* ist für uns der Leitsatz in allen Fragen der Inklusion. Inklusion soll von Menschen (mit)bestimmt werden, die unmittelbar betroffen sind. In Lübeck lassen bestehende Strukturen die Teilhabe und Mitbestimmung oft noch nicht zu.

Die *UN-Behindertenkonvention* beschreibt die Grundrechte von Menschen mit Behinderungen, ihr Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben sehr genau. **Wir fordern die sofortige Umsetzung der UN-Behindertenkonvention in Lübeck.** Gemeinsam mit den Betroffenen, den Akteur*innen und dem Beirat für Menschen mit Behinderung wollen wir Strukturen schaffen, die eine selbstbestimmte Teilhabe und Mitbestimmung sichern.

Wir möchten **alltägliche Barrieren für Menschen mit Behinderungen abbauen.** Besonders wichtig ist der barrierefreie Zugang zu wichtigen Informationen. Das

Vorhalten der Informationen in Leichter Sprache, Blindenschrift, in Form des Vorlesens oder in Mehrsprachigkeit muss sichergestellt sein. Gleiches gilt für den barrierefreien Zugang zur öffentlichen Infrastruktur, insbesondere den ÖPNV und den Shuttle Service LÜMO. Die Stadt Lübeck übernimmt hierbei eine Vorbildfunktion.

Der öffentliche Raum soll inklusiv weiterentwickelt werden. Dies gilt insbesondere für öffentliche Freizeit- und Sportangebote, Grünflächen und Kinderspielplätze. Außerdem müssen öffentliche Toiletten so erweitert werden, dass erwachsene Menschen mit Inkontinenzmaterial versorgt werden können.

Migration und Integration

Zuwanderung bereichert unsere Gesellschaft. Zuwanderung hat viele Gründe. Unsere **Migrations- und Fluchtpolitik hat ein zusammenwachsendes, wertschätzendes Miteinander zum Ziel.** Damit sie gelingt, wollen wir gute Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehört insbesondere, dass kommunale Angebote finanzielle Planungssicherheit für ihre Angebote erhalten. Wir unterstützen daher eine unbefristete und vollfinanzierte Migrationsberatung. Eine offene Gesellschaft, die Geflüchtete willkommen heißt und sie beim Ankommen nachhaltig auch in der Familienzusammenführung unterstützt.

Teilhabe und Mitbestimmung müssen gleich zu Beginn möglich sein. Dafür braucht es den Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit. Wir fordern, dass **Geflüchtete unabhängig von ihrem Asyl- oder Aufenthaltsstatus die Möglichkeit zum Spracherwerb erhalten und der Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gefördert wird.**

Außerdem benötigen geflüchtete Menschen Zugang zu Therapien und medizinischer **Versorgung in ihrer Muttersprache oder mit speziell ausgebildeten Sprachmittler*innen.** Lübeck hat einen Pool an Sprachmittler*innen, die auch von privaten Personen, Ärzt*innen oder Institutionen angefragt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass Sprachmittler*innen für traumatherapeutische Behandlungen aus öffentlichen Mitteln gezahlt werden.

Die städtische Verwaltung selbst muss hier Vorbild sein. **Wir fordern die Verbesserung des städtischen Online-Auftritts für Migrant*innengruppen.** Außerdem soll die Verwaltung einen Pool an mehrsprachigen Mitarbeiter*innen vorhalten, welche bei Vorsprachen in Ämtern von Personen mit Sprachbarrieren als Übersetzer*innen tätig werden.

Wir setzen uns für eine interkulturelle Verwaltung ein, dass heisst mittelfristig werden Migrant*innen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Lübeck bei der Personalplanung berücksichtigt.

Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement trägt und stützt unser gesellschaftliches Miteinander. Ohne die vielen Lübecker Ehrenamtler*innen würde unsere soziale Versorgungsstruktur zusammenbrechen. Sie übernehmen wertvolle Hilfeleistung dort, wo die kommunale Versorgung nicht ausreicht. **Wir wollen das Ehrenamt stärken und aufwerten.** Neben der Sicherstellung der langfristigen Förderung ehrenamtlicher Strukturen, sollen auch die aktiven Ehrenamtler*innen gefördert werden. **Wir fordern daher die kostenfreie Nutzung des städtischen ÖPNV für Ehrenamtliche (Ehrenamtsticket).** Oftmals fallen bei der Ausübung des Ehrenamts Fahrtkosten an. Ein Ehrenamtsticket soll erhalten, wer mindestens fünf Stunden pro Woche bzw. 250 Std. pro Jahr ehrenamtlich ohne Vergütung oder pauschale Aufwandsentschädigung nachweislich tätig ist.

Wir setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliche Strukturen besser mit dem beruflichen Alltag vereinbar und stärker anerkannt werden. Wir begrüßen es, wenn Arbeitgeber*innen ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Angestellten durch z. B. Freistellung von der Arbeit unterstützen und die im Ehrenamt erworbenen Qualifikationen wertschätzen. Die Stadt Lübeck geht hier mit gutem Beispiel voran.

Auch Schüler*innen sollen durch das Ausüben eines Ehrenamts keine Nachteile erfahren. Vielmehr soll ihr Engagement lobend hervorgehoben und befürwortet werden.

Wir unterstützen die Bestrebungen der Landesregierung, zusammen mit dem Bund bessere Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste wie das FSJ, FÖJ und BFD zu schaffen und wollen mit den Lübecker Einsatzstellen von Freiwilligendiensten hierzu in den Austausch gehen.

Gesundheit und Pflege

Gesundheit

Gute kommunale Gesundheitsversorgung sichert die **bedarfsgerechte Behandlung aller Bürger*innen**. Sie stellt das Wohl der Patient*innen in den Mittelpunkt, nicht die Gewinnmaximierung. Wir wollen daher der zunehmenden Privatisierung des Gesundheitswesens entgegenwirken.

Die **Teilhabe an bedarfsgerechten Behandlungen darf nicht abhängig sein** von Einkommen, Alter, Behinderung, Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Sprache.

Auch bereits bestehende gesundheitliche Erkrankungen oder Einschränkungen, egal

277 ob körperlich oder psychisch, dürfen nicht von gesundheitlicher Versorgung
278 ausschließen. Hier gilt es, Barrieren weiter abzubauen.

279 Eine kluge kommunale Gesundheitsversorgung setzt auf Vorsorge statt Nachsorge.
280 Wir machen uns stark für den **Ausbau von Konzepten der Gesundheitsvorsorge**. Viele
281 wichtige Vorsorgeleistungen, z. B. im Bereich der Krebsfrüherkennung in der
282 Gynäkologie, müssen von den Patient*innen selbst gezahlt werden. Wünschenswert
283 wäre eine Erweiterung des Katalogs der Kassenleistungen im Bereich der Vorsorge
284 auf Bundesebene.

285 Im Umgang mit substanzabhängigen Menschen fokussieren wir auf Maßnahmen der
286 Prävention und sozialen Hilfe. Eine Politik, die lediglich auf Verdrängung und
287 Unterdrückung setzt, führt zu Widerstand, steigender Kriminalität und verfestigt
288 die Probleme. Wir werden die Probleme bei der Wurzel packen und konzentrieren
289 uns auf die Ursachen des Substanzmissbrauchs und den Umgang mit der
290 Abhängigkeit. In einer gesamtstädtischen Strategie werden wir daher Maßnahmen
291 der sozialen Hilfen stärken, Streetworking ausbauen und niedrigschwellige
292 gesundheitsbezogene Aufklärungs- und Beratungsangebote schaffen. Nach unserer
293 umgesetzten Forderung einer neuen Begegnungsstätte für substanzabhängige
294 Menschen, setzten wir uns jetzt für die zusätzliche Errichtung eines
295 Drogenkonsumraumes ein

296 Die Lübecker Krankenhäuser leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen
297 Gesundheitsversorgung. Ihr umfangreiches Angebot wollen wir auch zukünftig
298 unterstützen.

299 Noch immer tragen Frauen* zu großen Teilen die Kosten für Verhütung. **Der Schutz**
300 **vor ungewollten Schwangerschaften muss allen Frauen unabhängig ihrer**
301 **finanziellen Mittel sicher sein.** Wir setzen uns für die Erhöhung der Mittel zur
302 kommunalen Kostenübernahme von Verhütung für Patient*innen in prekären
303 finanziellen Situationen ein.

304 Ein wichtiges Thema der kommunalen Gesundheitsversorgung muss die **psychische**
305 **Gesundheit** sein.

306 Multiple Krisen weltweit führen zu individuellen Ängsten und Sorgen bei den
307 Bürger*innen, Kindern und Jugendlichen. Psychische Erkrankungen nehmen stark zu.
308 Betroffene brauchen schnelle und leicht zugängliche Hilfen, doch die
309 psychotherapeutischen und psychiatrischen Strukturen sind überlastet. Wir
310 unterstützen daher ausdrücklich die Initiativen auf Bundesebene für mehr
311 ambulante Psychotherapieplätze.

312 Für psychisch beeinträchtigte Menschen mit eventueller Psychatrieerfahrung
313 fordern wir eine 24/7 Anlaufstelle als Krisenintervention. Zudem müssen die
314 bereits vorhandenen Betreuungs- und Hilfsangebote nach einer abgeschlossenen
315 Therapie ausgebaut und besser bekannt gemacht werden.

Wir wollen eine Öffentlichkeit für das Thema psychische Gesundheit und psychisch Erkrankte schaffen. Auf kommunaler Ebene müssen wir dafür die vorhandenen Strukturen stärken und besser vernetzen. Gemeinsam mit Lübecker Akteur*innen werden wir eine Präventionskampagne anstoßen und Formate schaffen, die der Information und Vernetzung dienen, z.B. einen jährlichen Tag der offenen Tür im Rathaus zum Thema psychische Gesundheit. Zudem setzen wir uns für die Ausbildung und Finanzierung von "Peer Coaches" in multiprofessionellen Settings ein.

Pflege

Ältere und pflegebedürftige Menschen verdienen die bestmögliche bedarfsgerechte Unterstützung und Pflege. Sie sollen selbstbestimmt und würdevoll am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Viele Pflegebedürftige möchten so lang wie möglich in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld bleiben können. **Wir wollen daher ambulante und flexible teilstationäre Tages- und Kurzzeitpflegeangebote stärken.** Kultursensible Pflege- und Therapieangebote in Lübeck sind ein Muss. Gleichzeitig müssen wir auch

die Lübecker Senior*inneneinrichtungen für den zunehmenden Bedarf an stationären Pflegeplätzen zukunftssicher aufstellen. Wir orientieren uns an der Pflegebedarfsplanung und gehen von einem Bedarf von mindestens 500 zusätzlichen Pflegeplätzen bis 2030 aus.

Für die Sicherstellung der zukünftigen pflegerischen Versorgung streben wir eine Zusammenarbeit der Stadt mit den gemeinnützigen Trägern der freien Wohlfahrtspflege an, deren Qualität und Arbeit wir auch in diesem Bereich sehr schätzen.

Eine Privatisierung der städtischen Senior*innenheime lehnen wir ab.

Die zuletzt stark angestiegenen Kosten für Pflegeeinrichtungen belasten Pflegebedürftige und ihre Angehörigen stark. Wir unterstützen die Bestrebungen der Landesregierung, die finanziellen Belastungen für die Betroffenen deutlich zu reduzieren.

Gute Pflege braucht gut ausgebildete Fachkräfte, die für ihre wertvolle Arbeit auch angemessen entlohnt werden.

Wir setzen uns für die Stärkung der Pflegeberufe ein und wollen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten bessere Rahmenbedingungen für Beschäftigte in der Pflege schaffen. Um mehr Nachwuchs für den Bereich der Pflege zu gewinnen, sollen Kooperationen zwischen den Schulen und stadtweiten Pflegeeinrichtungen vorangetrieben werden.

351

352

353

354

A3NEU 6. Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.5. Kapitel 3 - Wirtschaft & Finanzen

Text

Wirtschaft, Finanzen, Digitalisierung, Verwaltung und Bürger*innenbeteiligung

Wirtschaft

Grüne Wirtschaftspolitik ist sozial und nachhaltig. Wir setzen nicht isoliert auf die Maximierung von Wirtschaftswachstum, sondern auf das Gesamtwohl von Mensch und Natur und auf Wohlstand für alle. Wir wollen Ökonomie und Ökologie in Einklang bringen und orientieren uns auch in Lübeck an der Grünen Vision einer sozialen, ökologischen und florierenden Wirtschaft, denn nur gesunde und rentable Unternehmen können die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaftsweise gestalten und finanzieren.

Lübecks Wirtschaft fördern und fordern

Lübecks Wirtschaft ist sehr breit aufgestellt und beinhaltet sowohl herausragende Großunternehmen, Cluster in den Bereichen Ernährung, Logistik und Gesundheit als auch eine Vielzahl kleiner und mittelständischer Firmen. Wir wollen eine lokale Wirtschaft für unsere Stadt, die das Gleichgewicht von sicheren Arbeitsplätzen, auskömmlicher Bezahlung, klimaschonendem Produzieren und Transport ebenso in den Fokus nimmt, wie den Mitarbeiter*innen ein ausgeglichenes Verhältnis von Arbeit und Leben zu ermöglichen. Verantwortungsvolle Unternehmen, die sich an diesen Zielen zur Förderung des Gemeinwohls orientieren, sollen besonders unterstützt werden.

Wir werden Lübecks Wirtschaft insbesondere bei den für sie drängenden Themen Mitarbeiter*innen- und Fachkräftegewinnung, Infrastruktur und eine effiziente Bereitstellung städtischer Dienstleistungen unterstützen. Der Standort Lübeck bietet durch seine hervorragende Lebensqualität und Lage in der Nähe von Hamburg und Ostsee sehr gute Ausgangsbedingungen im Wettbewerb um gute Mitarbeiter*innen. Dies wollen wir fördern durch Anstrengungen für ein lebenswertes Lübeck und den dafür notwendigen Wohnraum und Infrastruktur, aber

auch durch die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, die besonders darauf abzielen, die Lübecker Unternehmen bei Behördengängen und Bewältigung der bürokratischen Anforderungen von neu angeworbenen Mitarbeiter*innen, insbesondere bei Zuzug qualifizierter Mitarbeiter aus dem Ausland, zu unterstützen.

Wir fordern von den Lübecker Unternehmen den notwendigen Beitrag zur Erreichung der Lübecker Klimaziele und werden uns dafür einsetzen, hier ausreichend Beratungsangebote zu schaffen, um diese Transformation zu erleichtern und zu beschleunigen. Gerade bei steigenden Energiepreisen gibt es in Unternehmen zunehmend emissions- und energieeinsparende Maßnahmen, die sich rechnen.

Hafen

Der Lübecker Hafen als einer der größten im Ostseeraum ist eine Stütze der Lübecker Wirtschaft, der durch seine ökologischen Herausforderungen eine wichtige Rolle spielt bei unseren Bemühungen, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen.

Die Dekarbonisierung des Lübecker Hafens ist uns entsprechend ein wichtiges Anliegen, deren erste Fortschritte wir beschleunigen möchten. Die Installation der ersten Landstromanlagen ist ein erster wichtiger Schritt. Jetzt gilt es, eine verbindliche Nutzung von Landstrom oder anderer, regenerativer Energiequellen anzustreben, die einen emissionsfreien Aufenthalt im Lübecker Hafen gewährleisten und die Emissionsbelastung für Travemünder*innen und Gäste reduzieren. Zudem wollen wir frühzeitig in regenerative Schiffstreibstoffe und entsprechende Pilotprojekte investieren. Eine Umstellung der Betriebsgeräte der Hafenbetreiber auf eine regenerative Energieversorgung wird ebenfalls dazu beitragen, das Ziel eines klimaneutralen Hafens zu erreichen. Der Flächenverbrauch bei der Erweiterung des Skandikais soll auch durch eine Steigerung der Flächenproduktivität, auch durch IT-Einsatz, minimiert werden. Ebenso unterstützen wir Maßnahmen zur Verbesserung des Modal Split-Anteils der Bahn.

Wir werden uns für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der städtischen Hafengesellschaft LHG einsetzen und unterstützen deren Anpassung ihres Geschäftsmodells hin zu einem Universalhafenanbieter, um den Veränderungen der Marktbedingungen Rechnung zu tragen.

Tourismus

Der Tourismus der Zukunft ist nachhaltig. Eine ökologisch wertvolle und nachhaltig bewirtschaftete Ostsee mit einer geschützten Meeresumwelt und ausgeprägter Biodiversität bildet die Grundlage jeglicher touristischen Bewirtschaftung. Um diese Nachhaltigkeit zu erreichen, gibt es viele

Instrumente, etwa eine klimafreundlich gestaltete Mobilität mit gutem ÖPNV-Angebot, regionale Wirtschaftskreisläufe und die Reduzierung von Plastikmüll. Motorisierter Wassersport sollte auf E-Mobilität umgestellt werden, um so Freizeitlärm zu reduzieren und sensible Ökosysteme besser zu erhalten. Nachhaltiger Tourismus sollte durch Förder- und Zertifizierungsprogramme für gastronomische Anbieter*innen unterstützt werden. Wir begrüßen das Programm "unbeschwert unterwegs" eines umlagefinanzierten ÖPNVs für Übernachtungsgäste in Travemünde und werden uns dafür einsetzen, dieses Programm auch auf Übernachtungsgäste im Lübecker Stadtgebiet auszuweiten.

Das Seebad Travemünde ist in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen und hat die Gästebettenanzahl in dieser Zeit mehr als verdoppelt. Aus unserer Sicht ist es jetzt wichtig, mit weiterem Wachstum innezuhalten und stattdessen den Fokus darauf zu legen, die touristische Infrastruktur und Angebote dem Wachstum der Bettenzahl anzupassen. Wir unterstützen daher den touristischen Kurs des Tourismusentwicklungskonzeptes 2030 (TEK) und wünschen uns eine touristische Entwicklung, die Qualität anstatt Quantität in den Mittelpunkt rückt.

Wir werden uns für eine konsequente Verkehrsberuhigung im Seebad Travemünde einsetzen. Dazu gehört auch die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung. Wir wollen in den Spitzenzeiten ein Park&Ride-Angebot vor Toren Travemündes ausprobieren, damit die Fahrzeuge gar nicht erst nach Travemünde hinein fahren.

In der gesamten Tourismusbranche fehlt es an Arbeitskräften. Ein großes Problem dabei ist der knappe bezahlbare Wohnraum. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das ehemalige Priwallkrankenhaus zu Personalunterkünften umgebaut wird.

Einzelhandel

Der Einzelhandel hat für das Wirtschaftsökosystem in der Innenstadt eine zentrale Ankerfunktion, häufig sind Einkaufsbesuche dort mit Besuchen von Gastronomie, Kultur, Unterhaltung, Ärzten, Anwälten etc.verbunden. Wir unterstützen daher eine Stadtentwicklung, die diese Ankerfunktion berücksichtigt und zur Stärkung des Einzelhandels beiträgt. Wir lehnen den weiteren Ausbau der Einkaufszentren auf der grünen Wiese ebenso ab wie andere Maßnahmen, die zu Marktanteilsverschiebungen dorthin führen. Wir werden auch dafür sorgen, die Einzelhandelsschwerpunkte in den Stadtteilen (z.B. Hanseplatz St. Lorenz Süd, Kücknitz) zu erhalten und zu stärken. Für Schlutup setzen wir uns dafür ein, einen neuen Betreiber für einen zentral gelegenen Verbrauchermarkt zu finden.

Start-ups und GreenTech

Lübeck eignet sich durch seine Universität und Hochschulen, durch seine vorhandene Unternehmenslandschaft und seine Lebensqualität und Attraktivität hervorragend als Standort für Start-ups und Ausgründungen neuer Unternehmen aus

den Hochschulen. Coherent und Nik Software sind beeindruckende Beispiele, was durch die Arbeit des TZL hier möglich gemacht wurde. Diese Arbeit wollen wir fördern und ausbauen. So werden wir uns dafür einsetzen, die Büroflächen des TZL im Zuge der Überplanung des Universitätscampusses erweitern zu können. Ein zentrales Anliegen von neu gegründeten Start-ups ist die Anschlussfinanzierung. Hierfür wollen wir die Etablierung eines Fonds für Startup-(Fremd-)Kapital in Lübeck prüfen, idealerweise durch Kooperation mit Lübecker Firmen und Finanzinstituten der Hansestadt.

Zentral für die Ansiedlung von Unternehmensgründer*innen und Start-ups in Lübeck ist die Möglichkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Häufig durch Einwanderung. Hier kann die Hansestadt wertvolle Unterstützung leisten durch Hilfestellungen für die speziellen Bedürfnisse von Start-ups bei der Bewältigung der bürokratischen Anforderungen der Einwanderung und des Ankommens in Lübeck, wie etwa bei der Suche nach Wohnraum in den ersten Monaten.

Städtische Gesellschaften

Die städtischen Gesellschaften haben eine Gemeinwohlverpflichtung, die stärker in den Vordergrund rücken sollte. Primäres Ziel darf nicht die höchste Gewinnausschüttung, sondern sollte das gemeinschaftliche Wohl der Hansestadt Lübeck und deren Bewohner*innen sein.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die städtischen Gesellschaften die Lübecker Klimaziele erfüllen, den Anteil von Frauen in Führungspositionen deutlich steigern und diverser werden, indem sie den Anteil von Mitarbeiter*innen und Führungskräften mit Migrationshintergrund erhöhen. Dafür werden wir die städtischen Unternehmen im Lübecker Public Corporate Governance Kodex (PCGK) darauf verpflichten, individuelle Jahresziele für diese drei Unternehmensziele anzugeben, Maßnahmen zu erarbeiten, um diese Ziele zu erreichen und jährlich über die Auswirkungen ihrer Maßnahmen zu berichten.

Gewerbeflächen und Unternehmensansiedlungen

Wir sehen die Notwendigkeit, für die Wachstumsbedürfnisse der Lübecker Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen zusätzliche Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist es unser Ziel, den Flächenverbrauch für neue Gewerbeflächen zu reduzieren. Wir fordern daher eine Umkehr in der bisherigen Gewerbeflächenpolitik und wollen bei der Ansiedlung von Unternehmen von Quantität zu Qualität umschwenken. Die Vergabe unserer knappen Gewerbeflächen soll dabei auf Basis objektiv nachvollziehbarer Kriterien an ausgewählte Unternehmen erfolgen, die ganzheitlich einen möglichst hohen Beitrag zur ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lübecks leisten. Zudem wollen wir neue Gewerbeflächen vor allem durch Innenentwicklung, Nachverdichtung und die Reaktivierung von Brach- und ehemaligen Industrieflächen

schaffen und so die Versiegelung neuer Flächen im Außenbereich auf ein Minimum reduzieren. Die per Grundlagenbeschluss für den neuen Flächennutzungsplan beschlossenen Gewerbeflächen von ca. 320 ha im Außenbereich halten wir vor diesem Hintergrund für exzessiv und werden uns für signifikante Korrekturen einsetzen.

Bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete ist uns wichtig, die Bürger*innen frühzeitig und umfangreich zu beteiligen.

Finanzen

Lübecks finanzielle Lage hat sich in den vergangenen Jahren durch harte Sparanstrengungen, die Teilnahme am Konsolidierungsprogramm des Landes und den damit verbundenen Zuschüssen und eine erfreuliche konjunkturelle Entwicklung kontinuierlich verbessert. In den vergangenen sieben Jahren wurden so jeweils deutliche Haushaltsüberschüsse erzielt und der Schuldenstand hat inzwischen ein akzeptables Niveau erreicht. Wir setzen uns für eine nachhaltige Finanzpolitik ein und fordern eine weitere Reduzierung dieses Schuldenstandes, auch um gegen steigende Zinsen immun zu werden. Das Tempo der weiteren Nettoschuldentilgung sollte jedoch abgewogen werden mit den substantiellen finanziellen Herausforderungen, denen Lübeck sich gegenüber sieht. Die sich aus geringeren Überschüssen und einer reduzierten Tilgung ergebenden finanziellen Spielräume wollen wir entsprechend dieses Programmes vor allem für notwendige Investitionen in unterfinanzierte Bereiche wie Klimaschutz, Bildung, Mobilität, Kinderbetreuung und ein leistungsfähiges Gemeinwesen verwenden.

Steuern

Auch durch Verbesserungen auf der Einnahmenseite des Haushaltes wollen wir zusätzliche finanzielle Spielräume für die notwendigen Investitionen generieren. So fordern wir zu einem geeigneten konjunkturellen Zeitpunkt die Einführung einer Bettensteuer, die von Übernachtungsgästen im Lübecker Stadtgebiet zu zahlen ist, und die in sehr vielen deutschen Städten inzwischen zum Standard geworden ist. Die Bettensteuer dient insbesondere dazu, auch Touristen an der Finanzierung der von ihnen genutzten Kulturangebote, Infrastruktur und städtischen Dienstleistungen zu beteiligen.

Sobald die rechtliche Klärung es ermöglicht, werden wir uns für eine Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild einsetzen. Hierbei wird die Verwendung von Einwegverpackungen in der (System-)Gastronomie besteuert, um einerseits lenkend das Müllaufkommen zu reduzieren und andererseits, um nach dem Verursacher*innenprinzip die Müllverursacher*innen an den Kosten der Müllbeseitigung zu beteiligen, die bisher die Entsorgungsbetriebe und damit alle Lübecker*innen über ihre Müllgebühren tragen.

Im Rahmen der bundesweiten Neuregelung der Grundsteuer (voraussichtlich ab 2025) werden wir uns dafür einsetzen, dass wir den kommunalen Hebesatz so anpassen, dass das Steueraufkommen in Lübeck konstant bleibt. Dadurch ist sichergestellt, dass sich im Zuge der Reform die Eigentümer*innen mit geringerer Grundsteuer und solche mit Steuererhöhungen in Lübeck wertmäßig exakt die Waage halten. Eine Erhöhung des Aufkommens lehnen wir ab, da die Grundsteuer in der Regel an die Mieter*innen weitergegeben wird, so dass eine Erhöhung ganz direkt Wohnen in Lübeck für Eigentümer*innen und Mieter*innen verteuern würde.

Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung

Personal

Nach Jahren des harten Sparkurses wurde das Personal der Verwaltung in den letzten Jahren wieder deutlich aufgestockt. Wir unterstützen diesen Kurs und werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, die für eine moderne und leistungsfähige Verwaltung notwendige Personalausstattung aufzubauen und vorzuhalten.

Wir werden uns dafür einsetzen, den Anteil von Frauen an Führungspositionen zu erhöhen und die Diversität der Lübecker Verwaltung durch einen höheren Anteil an Migrant*innen unter Mitarbeiter*innen und Führungskräften zu steigern.

Während der Corona-Pandemie zwangsweise eingeführt, wird Home-Office seitdem vielfach zumindest in Teilen der Arbeitszeit genutzt, weil sich dadurch Beruf und Privatleben besser verbinden lassen. In vielen Unternehmen und auch in Verwaltungen wird zudem zunehmend Desk-Sharing praktiziert, um Platz und Kosten zu sparen, aber auch um einen besseren Austausch der Mitarbeiter*innen durch wechselnde Sitzplätze zu fördern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch in der Lübecker Verwaltung diese modernen Arbeitsformen den Mitarbeiter*innen in Kombination angeboten werden, wo dies organisatorisch und rechtlich möglich ist.

Verwaltungsgebäude

Für die Akquisition und dauerhafte Bindung guter Mitarbeiter*innen ist ein gutes räumliches Arbeitsumfeld zentral, aber leider in weiten Teilen der Lübecker Verwaltung nicht gegeben. Wir fordern daher fortlaufende Investitionen in die Modernisierung der Lübecker Verwaltungsstandorte und -immobilien. Wir bevorzugen die Sanierung und den Ausbau bestehender Standorte, wie etwa in der Dr.-Julius-Leber-Straße, gegenüber einem Verwaltungsneubau außerhalb der Innenstadt.

Beschaffung

In der städtischen Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen werden wir uns für anspruchsvolle ökologische und soziale Standards sowie Standards des fairen Handels über die gesamte Lieferkette hinweg einsetzen, die auch den Transport

beinhalten. Lübeck als "Fairtrade Stadt" muss bei der Beschaffung mit gutem Beispiel voran gehen und Produkte nutzen, die ohne Kinderarbeit, umweltschädliche Produktion und Abfälle erzeugt werden. Diese Beschaffungskriterien wollen wir verschärfen und verpflichtend machen. Eine Vergabe ausschließlich an tariftreue Anbieter ist für uns selbstverständlich.

Digitalisierung und Smart City

Die digitalen Dienste der kommunalen Verwaltung stellen oft den ersten Kontaktpunkt der Bürger*innen mit dem digitalen Staat dar. Wir begrüßen daher die Anstrengungen der Verwaltung, ihre Abläufe zunehmend digital zu organisieren sowie zu modernisieren und freuen uns über die Möglichkeiten, die die Smart City Plattform den Lübecker Bürger*innen und Unternehmen zunehmend bietet. Wir fordern hier zukünftig insbesondere eine Beschleunigung der Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen und Amtsgeschäften, die auch den Bürger*innen einen Nutzen bieten, etwa durch vermehrte Möglichkeiten, Behördengänge bequem online erledigen zu können. Um die Digitalisierung vollumfassend in der Verwaltung zu integrieren, fordern wir, dass Lübeck eine E-Government-Strategie erarbeitet, die die Prozesse der Mitarbeiter*innen, den Nutzen für die Bürger*innen in den Vordergrund stellt und Zuständigkeiten klarer darstellt. Hierbei soll aus der Erfahrung von anderen Kommunen gelernt und Prozesse sowie Strategien übernommen werden. Hierzu gehören unter anderem die verpflichtende Einführung von elektronischen Akten, die Weiterbearbeitung von Anträgen auf digitalem Weg sowie die Einführung eines zentralen Bürger*innenpostfaches. Eine vorbildhafte Einhaltung des Datenschutzes ist für uns dabei selbstverständlich.

Wir fordern, dass Lübeck sich an den Open-Source- und Open Data-Strategien des Landes orientiert und sich dem erfolgreich eingeschlagenen Weg anschließt. Öffentliche Daten, die Lübeck sammelt, sollen Bürger*innen kostenfrei über die Open Data- Plattform des Landes bereitgestellt werden.

Bürger*innenbeteiligung

Die etablierten Werkzeuge der Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen erreichen längst nicht alle Menschen. Ein signifikanter Anteil der Bevölkerung partizipiert nicht an unserem Gemeinwesen. Wir setzen uns daher für eine Bürger*innenbeteiligung ein, die alle Menschen mitnimmt. Hierfür müssen wir neue Wege beschreiten.

277 Bürger*innenräte

278 Ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der politischen Partizipation können
279 Bürger*innenräte sein, deren Zusammensetzung zufällig ermittelt wird. Dadurch
280 wird eine soziale Durchmischung und eine Teilnahme von Menschen erreicht, die
281 ansonsten nicht teilnehmen würden. Bürger*innenräte haben eine beratende
282 Funktion und werden für spezifische Fragestellungen einberufen. Wir werden
283 Bürger*innenräte zu geeigneten Themen beantragen.

284 Stadtteil- und Jugendbudgets

285 Wir werden uns für Pilotprojekte zum Ausprobieren von Stadtteilbudgets
286 einsetzen. Dabei werden Entscheidungen über die Verteilung eines extra Budgets
287 für Maßnahmen im jeweiligen Stadtteil durch Anwohner*innen vor Ort getroffen.
288 Analog dazu wollen wir auch ein Jugendbudget ausprobieren, bei dem
289 Vertreter*innen von Jugendorganisationen über Maßnahmen für Jugendliche
290 entscheiden.

291 Transparenz der Kommunalpolitik

292 Teilhabe und Transparenz in der Kommunalpolitik wollen wir dadurch verbessern,
293 dass Sitzungen der Bürgerschaft aufgezeichnet und im Internet öffentlich
294 einsehbar gemacht werden. Zudem wollen wir die digitale Teilnahme an
295 Gremiensitzungen ermöglichen, wenn es hierfür wichtige Gründe gibt.

296

A4NEU2 Reihenfolge der Kapitel

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.1. Inhaltsverzeichnis - Reihenfolge der Kapitel

Text

1. Einleitung

2. Klima & Umwelt

3. Stadtentwicklung & Verkehr

4. Soziales

5. Kinder- & Jugendhilfe

6. Wirtschaft & Finanzen

7. Schule & Sport

8. Kultur & Denkmalpflege

9. Entsorgung & Recycling

10. Sicherheit & Ordnung

Die Themen aus "Lokales" sollen abgestimmt auf das Layout an verschiedenen

12 Stellen verteilt im Programm präsentiert werden.

A5NEU2 5. Kinder- & Jugendhilfe

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.7. Kapitel 5 - Kinder- & Jugendhilfe

Text

1 Unser Ziel ist es, qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare
2 Angebote für alle Kinder anzubieten. Die Kinderrechtskonvention ist am
3 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen
4 verabschiedet worden. An den darin formulierten Kinderrechten orientieren wir
5 unsere Forderungen für Lübeck in Bezug auf Kinder- und Jugendhilfe.

- 6 1. Alle Kinder und Jugendlichen in Lübeck haben die gleichen Rechte. Kein
7 Kind oder Jugendlicher darf benachteiligt werden.

8 Mit sozialraumorientierten Budgets sollen die Unterstützungsbedarfe von Kindern
9 und Jugendlichen besser erkannt und berücksichtigt werden. Durch die Einführung
10 eines Sozialtarifs mit kostenfreien Schüler*innentickets soll Kindern und
11 Jugendlichen bis einschließlich 10. Klasse die kostenlose Nutzung des ÖPNV
12 ermöglicht werden. So stellen wir sicher, dass kein Kind mehr benachteiligt
13 wird, nur weil es sich das Busticket nicht leisten kann oder Lehrer*innen auf
14 Schulausflüge verzichten, um Familien nicht mit zusätzlichen Kosten für die
15 Nutzung des ÖPNV zu belasten.

16 Lübeck braucht eine Fachkräftestrategie für den gesamten Bereich der
17 Kinderbetreuung. Die Stadt Lübeck muss mit gutem Beispiel vorangehen, z.B. durch
18 Übernahmegarantien, duale Ausbildung zur Erzieher*in/sozialpädagogische
19 Assistentin mit fairer Bezahlung, Verzicht auf befristete Arbeitsverträge oder
20 Stipendien. Wir achten darauf, dass Stellen für Fachkräfte angemessen bewertet
21 werden.

- 22 2. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, gesund zu leben,
23 Geborgenheit zu finden und keine Not zu leiden.

24 Wir setzen uns dafür ein, dass die Ernährungs-, Demokratie- und
25 Nachhaltigkeitsbildung in KiTas weiter ausgebaut wird. Es soll einen Runden

Tisch gegen Kinderarmut geben. Der Kampf gegen Kinderarmut ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen und wurde durch die Corona-Pandemie weiter erschwert. Niedrigschwellige Angebote für Eltern mit besonderen Herausforderungen in Familie und Erziehung müssen weiter ausgebaut werden. Insbesondere sollte es dabei um Entlastungsangebote für Eltern gehen. Über entsprechende Angebote muss verstärkt leicht verständlich informiert werden. Die KiTas der Zukunft müssen klimaneutral sein. Die Einführung von Umweltmanagementsystemen wie z.B. EMAS Easy können dabei einen großen Beitrag leisten.

3. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu lernen und eine Ausbildung zu machen, die ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.

Wir müssen mehr KiTa-Plätze schaffen, um möglichst jedem Kind Betreuung in Wohnnähe zu ermöglichen. Die Schließzeiten sollen den Bedürfnissen bzw. der Nachfrage angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verpflegungsentgelte für alle Kinder im gleichen Maße subventioniert werden, in städtischen wie in den KiTas der freien Träger. Es ist eine nachhaltige, gesunde und möglichst regionale Ernährung notwendig, die auch jetzt schon mindestens den aktuellen Empfehlungen der "Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. DGE" entsprechen sollte.

.

Die Situation der Kindertagespflegepersonen hinsichtlich Vertretung, Qualifikation und Bezahlung werden wir weiter im Blick behalten und kritisch begleiten.

Die Budgetvergabe für die freien Träger von KiTas muss zukünftig transparent sein. Es soll sich um Jahresbudgets handeln, die durch die Träger frei verwaltet werden können.

Für den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf gibt es umfassende Unterstützungsstrukturen. Diese sollen durch eine kommunale Steuerung besser vernetzt werden. Für Jugendliche ohne Berufsausbildung sollen die Kapazitäten für zielgerichtete und niedrigschwellige Berufsorientierungsangebote erhöht werden. Produktionsschulen verbinden schulische und praktische Einheiten zur Berufsvorbereitung und sind eine sinnvolle Vorbereitung zur Integration auf dem Arbeitsmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass deutlich mehr Plätze in Lübeck zur Verfügung gestellt werden. Wünschenswert ist zudem, dass eine Flexibilität in den Maßnahmen geschaffen wird, die es Jugendlichen ermöglicht, Berufsvorbereitung bedarfsgerecht und individuell mit Eingliederungshilfen zu kombinieren.

4. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht zu spielen, sich zu

erholen und künstlerisch tätig zu sein.

Lübeck braucht mehr barrierearme Spielflächen und -räume, damit alle Kinder miteinander spielen können, unabhängig von körperlichen oder geistigen Einschränkungen. So werden spielerisch Barrieren und Vorurteile überwunden und Brücken gebaut. In integrativen Spielräumen kann auf kindgerechte Weise eine Verbindung zwischen Menschen geschaffen werden, die sonst meist gesellschaftlich voneinander getrennt spielen. Das entspricht unserem Verständnis von Inklusion.

Wir setzen uns für mehr NaturKiTas ein, denn der Aufenthalt in der Natur wirkt sich ganzheitlich positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Jede KiTa soll ein Ort der Vielfalt und Inklusion sein.

Museen und Theater sind elementare Bestandteile der kulturellen Bildung. Im Museum und im Theater lernen schon die Kleinsten, sich für Neues und Unbekanntes zu begeistern. Deshalb sollten Kinder bis zum 14. Lebensjahr freien Zutritt in die Museen und Theater haben und darüber hinaus bis zum 18. Lebensjahr einmal im Monat.

Angebote für Kinder und Jugendliche, wie z.B. Jugendzentren, sind oft noch zu unbekannt. Hier soll zielgerichtet und besser informiert werden, z.B. mit Infotagen an Schulen. Es braucht mehr Freizeitangebote und Möglichkeiten zum Zusammenkommen im öffentlichen Raum für Kinder und Jugendliche. Hier sollten die z.T. unterschiedlichen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen erfragt werden und entsprechend umgesetzt werden z.B. Skateplätze oder Sport-Parcours, geschützte Bereiche mit Sitzgelegenheiten und Tischen. Wünschenswert wäre verfügbares freies WLAN an diesen Orten.

5. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, bei allen Fragen, die sie betreffen, mitzubestimmen und zu sagen, was sie denken.

Kommunalpolitische Entscheidungen und Vorhaben wirken sich oftmals unmittelbar auf Kinder und Jugendliche aus. Direkt beteiligt werden Kinder und Jugendliche in Lübeck jedoch zu wenig an politischen Prozessen.

Wir fordern eine konsequente Umsetzung des Rechtes auf Kinder- und Jugendbeteiligung in politischen Gremien und in Bereichen der Verwaltung mit Unterstützung des aktuell laufenden Prozess des Programms "Demokratie leben." Die Jugendlichen müssen über mögliche Modelle für Beteiligung informiert und in die Entscheidung mit einbezogen werden. Die so gewählten Vertreter*innen sollen in allen politischen Gremien teilnahme- und stimmberechtigt sein.

Im Rahmen des Beteiligungsprozesses "Lübeck über:morgen" wurden Kinder und Jugendliche zwar gehört, ihre Ideen und Forderungen jedoch bisher kaum weiter verfolgt. Wir machen uns stark für die Umsetzung ihrer Wünsche.

Wir wollen die in Lübeck bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche bekannter machen. Notwendig ist hier sowohl die verstärkte Nutzung digitaler Medien, um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, als auch der Einsatz von Beteiligungs-Lotsen in Bildungseinrichtungen.

6. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht auf Schutz vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung:

Kinder und Jugendliche sollen in Lübeck sicher und gewaltfrei aufwachsen können. Starke und selbstbewusste Kinder und Jugendliche sind besser vor Gewalt geschützt. Sie können ihre Wünsche und Beschwerden benennen und einbringen. Wir wollen daher vorhandene Präventions- und Selbstverteidigungskonzepte weiter fördern und ausbauen. Wir brauchen mehr niedrigschwellige Aufklärungsangebote für Kinder und Jugendliche über Gewaltschutz. Einrichtungen, denen Kinder und Jugendliche anvertraut sind, können eine entscheidende Rolle bei der Gewaltprävention spielen. Gerade in KiTas, Schulen und Vereinen wollen wir daher Schutzkonzepte und Schulungen für Beschäftigte einführen. Kinder und Jugendliche in erzieherischen Hilfen benötigen fachlich und personell besonders gut ausgestattete Unterstützungsangebote. Jugendliche aus stationären Einrichtungen oder Pflegefamilien werden so lange unterstützt, bis eine gesicherte Perspektive entwickelt ist. Entlassungen in die Wohnungslosigkeit müssen ausgeschlossen werden.

Für hilfesuchende Jugendliche brauchen wir niedrigschwellige, digitale Zugänge zu Hilfe- und Beratungsangeboten. Die vorhandenen Strukturen wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Lübeck braucht eine Beratungsstelle für konsumierende und suchtkranke Jugendliche, sowie die Einrichtung einer intensivpädagogischen Wohngruppe.

7. Kinder und Jugendliche in Lübeck haben das Recht, sich alle Informationen zu beschaffen, die sie brauchen, und ihre eigene Meinung zu verbreiten.

In unserer heutigen digitalen Welt müssen alle Angebote und Antragsverfahren für Kinder und Jugendliche digital zur Verfügung gestellt werden, um echte Teilhabe zu ermöglichen. Eine Informationskampagne soll dies begleiten.

Gesellschaftliche Partizipation kann heute nur noch gelingen, wenn Kinder und

Jugendliche die notwendigen Informationen erhalten, damit sie sich gesellschaftlich und politisch orientieren und eigene Standpunkte entwickeln können. Deshalb muss das Social Media Angebot der Stadt deutlich ausgeweitet werden. Online-Medien bieten die Gelegenheit, mit anderen zu gesellschaftlich relevanten Fragen niedrigschwellig in den Austausch zu treten, eigene Standpunkte darzulegen und auf gesellschaftliche und politische Prozesse und Entscheidungen Einfluss zu nehmen.

Medienkompetenz ist ein elementarer Bestandteil für die Teilhabe an der Gesellschaft, deshalb sollte sie so früh wie möglich vermittelt werden. Medienerziehung schon in der KiTa kann Bildungschancen eröffnen. Kinder können schon in der KITA lernen, wie sie Medien nicht nur zur Unterhaltung nutzen, sondern auch als Informationsquelle, als Kommunikationsmittel oder als Werkzeug für kreatives Arbeiten.

8. Kinder und Jugendliche haben das Recht, dass ihr Privatleben und ihre Würde geachtet werden.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. So steht es im Grundgesetz und gilt für Kinder und Jugendliche ganz besonders, da sie mehr als Erwachsene von der Willkür anderer abhängig und darauf angewiesen sind, dass ihnen Angebote auch zugänglich gemacht werden. Das Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche muss deutlich ausgebaut werden. Wir brauchen ein eigenes Mädchenzentrum, ein eigenes Jugendzentrum, die queeren Beratungsangebote sollen gefördert werden und es braucht dezentrale, von Schulen getrennte, niedrigschwellige und anonyme Beratungsangebote für Jugendliche.

Mit einer digitalen Lübeck-Card für alle unter 18 Jahren können finanzielle Hilfen auf einer Karte erfasst werden (Bildungsfond, Sportverein, ÖPNV, etc.). Das Einführen einer einheitlichen Lübeck-Card schützt finanziell geförderte Kinder und Jugendliche vor Stigmatisierung.,

9. Kinder und Jugendliche haben das Recht, im Krieg und auf der Flucht besonders geschützt zu werden.

Wir sorgen dafür, dass auch für geflüchtete Kinder und Jugendliche das Recht auf Schutz, auf kindgerechte Umgebung, auf Bildung, gute Gesundheitsversorgung, auf gleiche Chancen und soziale Teilhabe gewahrt wird. Dafür wollen wir weitere niedrigschwellige Strukturen zur Unterstützung und Beratung schaffen. Die Sprachmittlungsangebote für Arztbesuche und andere Erledigungen im Alltag möchten wir ausbauen.

168 10. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder besonderen Bedarfen haben
169 das Recht auf besondere Fürsorge und Förderung, damit sie aktiv am Leben
170 teilnehmen können.

171 Gleichberechtigte Mitbestimmung und Teilhabe an der Gesellschaft für Kinder und
172 Jugendliche mit Behinderungen oder besonderem Unterstützungsbedarf kann nur
173 gelingen mit inklusiver Kinder- und Jugendarbeit. Insbesondere Angebote
174 außerhalb von KiTas und Schulen sind wichtig für die Förderung der
175 Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und
176 besonderen Bedarfen. Wir wollen Sportvereine ermutigen, integrative Angebote
177 auszubauen.

A6NEU2 8. Kultur & Denkmalpflege

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.9. Kapitel 7 - Kultur & Denkmalpflege

Text

Kultur und Denkmalpflege

Kultur ist ein existenzieller Baustein unserer Demokratie. Sie ist für die Gesellschaft ein Ort der Reflexion, Begegnung und Zusammenhalt und für die/den Einzelne*n zentral für die Entwicklung der Persönlichkeit. In der UNESCO-Welterbe- und Kulturstadt Lübeck ist sie gleichzeitig auch Privileg und Verantwortung sowie Tourismus-, Standort- und Wirtschaftsfaktor, dessen Attraktivität Lübecker Unternehmen insbesondere im Wettbewerb um knappe Fachkräfte unterstützt.

Nach den monatelangen Schließungen während der Corona-Pandemie wollen wir sicherstellen, dass sich die besondere Lübecker Kulturlandschaft wieder erholt und zu neuer Lebendigkeit und Reichhaltigkeit ausgebaut wird. Analog zu den Landesmitteln sollen daher auch die städtischen Zuschüsse dynamisiert werden.

Wir wollen Nachhaltigkeit in der Kultur und bei Veranstaltungen stärken. Die Vergabe von Fördermitteln und die Auftragsvergabe bei städtischen Veranstaltungen werden an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft, wie die Nutzung von Mehrweg, Müllvermeidung und Stromsparmaßnahmen. Die Verwaltung soll hierfür Richtlinien sowie Good Practice-Beispiele grüner Kultur und beispielhafte Nachhaltigkeitskonzepte erstellen. Städtische kulturelle Einrichtungen ernennen Transformationsmanager*innen, die den Beitrag ihrer Einrichtung zum Klimaschutz kontinuierlich verbessern. Die Nutzung des ÖPNV soll mit kombinierten „Kulturtickets“ gefördert werden.

Freie Szene, Soziokultur und Kultur in den Quartieren

Neben den klassischen Säulen der Kultur wie Theater, Konzerte, Museen, Baudenkmäler und Film, findet Kultur auch ganz wesentlich in der freien Szene statt, in den Clubs, auf der Straße, in Gängen und Höfen, und ist dort oftmals zu wenig gefördert. Diese Förderung wollen wir gezielt verstärken. Wir wollen Kultur in die Stadtteile bringen und die kulturelle Vielfalt der Quartiere und

deren Potenzial fördern und finanzielle Mittel für Soziokultur und dezentrale kulturelle Orte in den Quartieren bereitstellen. Dazu streben wir unter anderem eine Erhöhung der personellen und finanziellen Ressourcen des Kulturbüros und eine größere Rolle von Künstler*innen in der musischen und kulturellen Bildung an, auch in der schulischen Ganztagesbetreuung. Ein wichtiges Element dieser Kulturförderung ist die Möglichkeit für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Diese wurde gerade für einzelne Kulturschaffende durch die Fremdvergabe der Litfaßsäulen und Außenwerbung vor einigen Jahren erheblich eingeschränkt. Hier wollen wir Abhilfe schaffen und prüfen, welche Verbesserungsmöglichkeiten es gibt.

Museen und Sammlungen

Lübecks reichhaltige Museumslandschaft ist führend in Schleswig-Holstein. Deren Modernisierung und Anpassung an aktuelle Anforderungen ist eine dauerhafte Herausforderung, die wir gerne unterstützen. Dafür notwendige bauliche Maßnahmen sollen in einem angemessenen Kostenrahmen geschehen und den Ansprüchen des Denkmalschutzes genügen.

Museen als Bildungshäuser sollen niedrigschwellig und barrierefrei zugänglich sein. Das gilt auch für Familien und ökonomisch schwache Personengruppen. Der Abbau von Barrieren für den Museumsbesuch insbesondere junger Menschen ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wünschen uns den weiteren Ausbau der museumspädagogischen Ressourcen. Ebenso schätzen wir die Museumscard für freien Eintritt bis 18 im Sommer. Derartige Angebote wollen wir um weitere Ermäßigungen ergänzen, etwa durch freien Eintritt für Kinder bis 12 (bisher bis 6) und im Rahmen von Schulausflügen.

Die digitale Erfassung und Präsentation von Kunstwerken, Exponaten und Inhalten der Lübecker Museen soll vorangetrieben werden und die Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsvermittlung der Museen unterstützen.

Neues Buddenbrookhaus

Die Modernisierung und Erweiterung des neuen Buddenbrookhauses ist für uns eine große Chance, am Originalschauplatz die Welt der aus Lübeck stammenden, berühmten Schriftstellerfamilie erlebbar zu machen und damit ein echtes Highlight für Lübecker*innen und Besucher*innen zu schaffen. Wir haben jedoch kein Verständnis dafür, dass ausgerechnet Kulturstätten wenig umsichtig mit dem baulichen Erbe der Stadt umgehen und fordern eine Veränderung der bisherigen Planung, die dem Denkmalschutz die Rolle beimisst, die er verdient. Auch die geplanten Baukosten von 33,5 Mio. Euro (Stand März 2021, rund drei Jahre vor dem avisierten Baubeginn) sind unnötig hoch und sollten dabei angepasst werden.

Museum für Natur und Umwelt

Die Konzeption des Museums für Natur und Umwelt soll für ein breites Publikum und familiengerecht ausgerichtet werden. Den Umfang der Planung in der Machbarkeitsstudie halten wir jedoch für zu groß und zu teuer. Wir setzen uns für eine Fortsetzung der Präsentation der Urzeitwale aus Groß Pampau in Lübeck in einem gemeinsamen Konzept mit den ehrenamtlichen Ausgräber*innen, dem Land und dem Landkreis Herzogtum Lauenburg ein. Falls notwendig, befürworten wir hierfür die Zusammenarbeit mit einer/m Mediator*in.

Die Umgebung des Museums soll ergänzt werden durch einen Open Space und einen thematisch entsprechend gestalteten Spielplatz mit Erfahrungsräumen als Begegnungs- und Erkundungsort auch außerhalb der Öffnungszeiten.

Völkerkundesammlung

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Lübecks Völkerkundesammlung wieder in einem eigenen Museum der Öffentlichkeit präsentiert wird. Wir wünschen uns dort Ausstellungen, die von Kulturschaffenden aus aller Welt in Zusammenarbeit mit Forschenden kuratiert werden, Stipendien, die eine lebendige Auseinandersetzung mit den Ausstellungsinhalten ermöglichen, Zusammenarbeit mit kulturellen Bildungsstätten und Kulturzentren und eine Namensgebung, die „Weltkultur“ anstatt „Völkerkunde“ beinhaltet.

Wir setzen uns für einen transparenten und umfassenden Prozess der Restitution unrechtmäßig erworbener Objekte in den Lübecker Museen und Sammlungen ein. Die Rückgabe der betreffenden Objekte soll durch eine öffentliche Aufarbeitung auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse geprüft und ggf. durchgeführt werden. Dabei ist uns wichtig, dass die restituierten Objekte auch tatsächlich dem kulturellen Erbe des Herkunftslandes zugutekommen.

Theater

Lübeck hat einen großen Schatz von mehr als 20 Theatern. Neben dem großen Stadttheater mit eigener Musiksparte und Sinfonieorchester gibt es unter anderem ein Hoftheater, ein Puppentheater (nicht nur für Kinder), ein Theaterschiff, mehrere Kinder- und Jugendtheater, ein Zaubertheater, Häuser für Schauspiel, Komödie und Laientheater. Diese Vielfalt muss geschätzt, gefördert und gestärkt werden. Insbesondere wollen wir bei der Erschließung neuer Zuschauergruppen und der Kinder- und Jugendarbeit unterstützen. Dazu gehören auch die Errichtung neuer Werbeflächen, um Öffentlichkeit herzustellen, aber auch eine verstärkte Bespielung und Bewerbung des Portals „Lübeck-Bühnen“. Eine gemeinsame Kampagne der Stadt für die Theater und das gemeinnützige Kino KOKI soll dabei helfen, nach den Corona-Einbrüchen wieder deutlich mehr Zuschauer in die Vorstellungen zu locken.

Wir stehen zu unserem Theater mit seinem tollen Angebot und werden auch in der nächsten Wahlperiode für eine ausreichende finanzielle Ausstattung sorgen.

Film

Lübeck hat eine reichhaltige und traditionsreiche Filmszene sowohl für die Produktion von Filmen als auch für ihre Präsentation. Es ist als Produktionsstandort verantwortlich für eine Vielzahl national beachteter Filme. Für professionelle Filmproduktionen wollen wir ein Filmzentrum für die Vernetzung von Ressourcen und professionellem Personal aufbauen, wo Filmschaffende ein Zuhause bekommen. Daran angedockt soll es eine Ausbildungsstätte für Fachnachwuchs geben, um einem starken Fachkräftemangel in der Branche entgegenzuwirken.

Die Nordischen Filmtage als weltweit einziges Festival für den nordischen und baltischen Raum locken jedes Jahr ca. 35.000 Besucher*innen sowie zahlreiche Filmschaffende in die Stadt. Wir wollen die Nordischen Filmtage verbessern und zukunftssicher machen, indem Filmbildung in die städtische Basisfinanzierung aufgenommen und so zu einer Kernaufgabe des Festivals gemacht wird. Dazu gehört die Förderung von Formaten, die ein junges Publikum ansprechen, insbesondere durch Investitionen in digitale Projekte. Auch ein gestaffeltes Tarifsystem ist notwendig.

Musik, Clubs und Konzerte

Die Clubszene ist Veranstaltungsort, Begegnungsstätte und Kreativraum für Musik, Tanz und bildende Künste. Gemeinsam mit Akteur*innen wollen wir ein Konzept zur Stärkung der Clubszene und von Veranstaltungscafés entwickeln, für die die starken Einbrüche der Corona-Pandemie Existenz bedrohliche Langzeitfolgen hatte und hat.

Die Bereitstellung und Vermittlung von Räumen für Musikprojekte und Auftritte sowie Kapazitäten für Proberäume sollen als wichtige Arbeitsgrundlage der freien Musikszene und Kulturvermittler*innen vorangetrieben werden. Hierfür wollen wir auch weiterhin Möglichkeiten der kulturellen Zwischennutzung schaffen.

Freie Musiker*innen wollen wir unterstützen, indem wir ihnen auch als städtischer Auftraggeber in Lübeck z.B. auf Stadtfesten wie dem Hansekulturfest zusätzliche Auftrittsmöglichkeiten verschaffen.

Bildende Kunst

Wir wollen die breite Szene bildender Kunst in Lübeck wertschätzen, fördern und noch sichtbarer machen. Dafür wollen wir ein städtisches Budget für den Ankauf von Kunst für Lübecker Museen und Ausstellungsorte einrichten, auch immer mit Werken Lübecker Künstler*innen. Aus diesem Fonds soll auch ein Programm für Kunst und Kunstprojekte im öffentlichen Raum gespeist werden.

Wir werden uns dafür stark machen, dass eine Vermittlung und ggf. auch Förderung in Lübeck etabliert wird, die es Künstler*innen ermöglicht, geeignete Arbeits-, Ausstellungs- und Veranstaltungsräume für ihre Arbeit anzumieten.

Wir wollen Kunst am Bau im öffentlichen Raum fördern durch Beratung des Kulturbüros über Fördermöglichkeiten und durch Projekte der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Trave. Und wir wollen sie angemessen pflegen.

Musische und kulturelle Bildung

Wir wollen Chancengleichheit und insbesondere für Kinder einen niedrigschwelligen Zugang zu musischer und kultureller Bildung schaffen. Hierfür wollen wir einen Kulturbildungsfonds einrichten, mit dem eine Zusammenarbeit von Künstler*innen, Musikschulen und Musikpädagog*innen in der kulturellen Bildungsarbeit finanziert werden soll, auch in Kooperationen mit der Kinder- und Jugendarbeit und Bildungseinrichtungen.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die erfolgreiche Arbeit der Musikschulen in Lübeck in vollem Umfang fortgesetzt werden kann und entsprechend finanziert wird.

Bibliotheken

Wir wollen die Stadtbibliothek auch in den Stadtteilen zu sogenannten "dritten Orten" der Kommunikation, des Lernens und der Begegnung weiterentwickeln und stärker in die Stadtgesellschaft integrieren. Hierfür streben wir eine Zusammenarbeit mit Museen, der Volkshochschule und anderen Kultur- und Bildungseinrichtungen an. Vorbild ist das Dokkl in Aarhus.

Denkmalpflege und Archäologie

Das einzigartige UNESCO-Weltkulturerbe der Lübecker Altstadt auch für zukünftige Generationen zu erhalten, das Wissen darüber zu mehren und zu verbreiten und Lübecks Vergangenheit archäologisch zu erforschen und zu dokumentieren, sind uns wichtige Anliegen.

Entsprechend ist es für uns zentral, dem Denkmalschutz in der Abwägung mit

anderen Interessen stets eine sehr hohe Priorität einzuräumen und die Denkmalpflege mit den dafür notwendigen personellen und technischen Ressourcen und ordnungsrechtlichen Mitteln auszustatten. Denkmalschutz beinhaltet für uns auch Erhalt und behutsame Entwicklung schützenswerter Industriedenkmäler, wie etwa auf der Nördlichen Wallhalbinsel, und den Erhalt und Pflege historischer Parkanlagen, Gärten und Alleen.

Die seit der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes erforderliche Neu-Inventarisierung des Denkmalbestands ist bis heute in Lübeck nicht geleistet worden. Die frühzeitige Information von Denkmaleigentümern, deren Beratung und Begleitung bei baulichen Maßnahmen ist für einen aktiven Denkmalschutz unerlässlich und für die Akzeptanz seiner Anliegen elementar. Es fehlt eine flächendeckende Untersuchung schützenswerter Architektur und städtebaulicher Strukturen jüngerer Zeitschichten, auch außerhalb der Lübecker Altstadt.

Richtlinien für die Stadtbildpflege fehlen oder sind im Vergleich zu anderen Metropolen des Mittelalters im Ostseeraum nicht auf der Höhe der Zeit. Lübeck muss in dieser Hinsicht Vorbild (best practice) sein. Das Zusammenwirken von Denkmalpflege und Stadtbildpflege (Stadtplanung) ist hierfür fachbereichsübergreifend zu intensivieren und zu verstetigen.

Dem aktiven oder passiven Denkmalverlust durch illegale Maßnahmen oder bewusstes Verfallenlassen wollen wir durch eine auch hierfür fachlich gut aufgestellte Denkmalpflege entgegentreten. Die Anliegen des Denkmalschutzes sollen zukünftig auch durch aktives Handeln im Wege von Ersatzvornahmen durchgesetzt werden. Das Verständnis für und die Kenntnis über den Denkmalschutz soll durch geeignete Maßnahmen verbessert werden. Die Stelle einer/s Amtsrestaurator*in soll geschaffen werden, um Architekten und Handwerker in Material- und Ausführungsfragen anleiten zu können und insbesondere städtische Sanierungsvorhaben an besonderen Großdenkmälern fachlich zu begleiten. Wir wollen die Anforderungen an den Denkmalschutz und Klimaschutz zusammenbringen. Dafür soll von Fall zu Fall eine gemeinsame Lösung der Fachbereiche entwickelt werden.

Wir werden die Möglichkeit eines archäologischen Museums in Lübeck prüfen lassen und wollen Projekte fördern, die insbesondere auch Jugendliche für das historische Erbe unserer Stadt sensibilisieren und wollen uns dabei auch dafür einsetzen, die Geschichte der Quartiere zu dokumentieren und zu vermitteln.

Neue archäologische Funde, wie etwa das Schiffswrack aus dem 17. Jahrhundert in der Trave, sollen mit einem Aufwand geborgen, konserviert und präsentiert werden, der ihrer Bedeutung entspricht. Entsprechende Budgets und Vorgehensweisen sollen regelmäßig auf Basis der jeweils neuen Erkenntnisse überprüft werden.

Das Archiv möchten wir ausreichend ausstatten, unter anderem um die von den

230 Staaten der ehemaligen UdSSR zurückgegebenen Archivalien angemessen bearbeiten
zu können.

231 Erinnerungskultur

232 Wir wollen Erinnerungskulturen vernetzen und stärken. In Zusammenarbeit mit
233 Museumspädagogik, Initiativen und Wissenschaftler*innen wollen wir Konzepte für
234 mehr Sichtbarkeit der dunklen Kapitel der Stadtgeschichte entwickeln. Dazu
235 gehören die Unterstützung z.B. durch städtische Beteiligung bei Projekten wie
236 den Stolpersteine, der Initiative „Hafenstraße 96“ oder den Gestapo-Zellen unter
237 dem Haus der Kulturen.

238 Ein Ort der Dokumentation zur Erinnerungskultur kann in einem passenden
239 historischen Ort entstehen, z.B. in den Räumen des Gerichts - jetzt Teil des
240 Hansemuseums -, des ehemaligen Gefängnisses - jetzt Jugendzentrum - oder im
241 Zeughaus.

242
243 Die Grenzdokumentationsstätte wollen wir erhalten und kontinuierlich
244 unterstützen. Wichtige Anstöße zur Aufarbeitung der Kolonialzeit sollen mit der
245 Ausstellung der Völkerkundesammlung im künftigen Museum für Weltkulturen
246 geliefert werden. Für den Jüdischen Friedhof in Moisling wünschen wir uns ein
247 Denkmal und eine App über jüdisches Leben in Lübeck.

248 249 250 Internationaler Kulturaustausch

251 Unsere Städtepartnerschaften sind für uns wichtige Elemente des internationalen
252 kulturellen Austausches. Wir wollen sie beleben durch die Organisation
253 gegenseitiger Besuchsreisen für Bürger*innen, Austausche von Jugendlichen und
254 Auszubildenden und thematische kulturelle und sportliche Veranstaltungen und
255 streben den Aufbau neuer Partnerschaften an, begleitet durch den Verein Lübeck
256 Partner.

A7NEU 7. Schule & Sport

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.8. Kapitel 6 - Schule & Sport

Text

1 Weil gute Schulen die Grundlage sind (Präambel)

2 Für alle Lübecker Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind unsere
3 Schulen über einen prägenden Zeitraum zentraler Bestandteil ihres Alltag.
4 Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Gymnasien, berufliche Schulen und
5 Förderzentren sind mehr als ein Lernort, an dem Kompetenzen ausgebildet werden.
6 Vielmehr sind sie ein wichtiger Begegnungsort, der die Grundlage zur
7 Persönlichkeitsentwicklung darstellt.

8 Schülerinnen und Schüler verdienen Bildungsräume, in denen sie geschützt sind,
9 sich entfalten können und in förderlicher Atmosphäre lernen können - dafür
10 machen wir uns stark!

11 Bedarfsgerechte Verfügbarkeit von Schulsozialarbeit

12 Schulen sind über viele Jahre Lebensmittelpunkt für alle jungen Menschen in
13 Lübeck. Daraus ergibt sich neben dem Bildungsauftrag auch die
14 Gewährleistungspflicht zur Beratung und Hilfe für Schülerinnen und Schüler bei
15 sozialen, psychischen und individuellen Herausforderungen. Um diesen gerecht zu
16 werden, braucht es qualifizierte Ansprechpersonen, die niedrigschwellig und
17 unabhängig von Unterricht und Bewertung für Schülerinnen und Schüler ansprechbar
18 sind. Wir fordern deshalb eine bedarfsgerechte Aufstockung der Schulsozialarbeit
19 nach der Maßgabe: Jede Schule braucht min. eine*n feste*n
20 Schulsozialarbeiter*in!

21 Recht auf gemeinsames Lernen und barrierefreie Schulen

22 Sowohl im Sozialgesetzbuch als auch in der UN-Behindertenrechtskonvention ist
23 festgehalten, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung ein Recht auf
24 gleichberechtigte Bildung haben. Inklusive Bildung ermöglicht es Kindern und
25 Jugendlichen, ihre Schule und Schulart frei und unabhängig wählen zu können und

an allen Schulen die gleiche Förderung zu erhalten.

Um dies auch in Lübeck garantieren zu können, fordern wir einen Ausbau des Inklusionsangebots. Dazu gehören insbesondere eine Aufstockung des Lübecker Integrations-Pools sowie ein barrierefreier Aus- oder Umbau der Schulgebäude. Barrierefreie Schulen sind nicht nur in Bezug auf inklusiven Unterricht essentiell, sondern erlauben es darüber hinaus, allen Familienangehörigen, Freund*innen und Interessierten an schulischen Veranstaltungen teilzuhaben. Zusätzlich sind Schulen so auch barrierefreie Veranstaltungsstätten, die multifunktional nutzbar sind.

Sanierungsstau auflösen - Masterplan Schule

Um guten Unterricht und ein erfülltes Schulleben zu ermöglichen, sind gepflegte, intakte und vor allem sichere Schulgebäude unumgänglich. Die lange Liste an drängenden Sanierungsaufgaben muss schnell und strukturiert bearbeitet und finanziert werden. Wir wollen den Sanierungsstau langfristig auflösen und fordern daher einen „Masterplan Schule“. Zunächst soll eine Übersicht über versäumte, anstehende und nötige Sanierungen an allen Schulgebäuden aufgestellt werden, um anschließend einen konkreten und verbindlichen Sanierungsplan erstellen und umsetzen zu können.

Schulen für den Ganztag fit machen

Die Nachfrage nach Ganztagsangeboten in Schulen ist in den letzten Jahren immens gestiegen und wird weiter steigen. Ganztagsschulen sind ein wichtiges Angebot, auf das wir nicht mehr verzichten könnten. Unter dem rasanten Anstieg der Nachfrage leidet allerdings vielerorts die Qualität des Angebots. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schulen endlich schnell an die Bedarfe des Ganztags angepasst werden, es braucht multifunktionale Räume, die über den klassischen Unterricht hinaus vielseitig nutzbar sind. Hierfür eignet sich beispielsweise das Konzept zur neuen Verwendung des Karstadt-Gebäudes. Möglichkeiten wie diese müssen genutzt werden, (öffentliche) Räume müssen neu gedacht werden und Bedarfe von Schülerinnen und Schülern müssen vorrangig behandelt werden.

Des Weiteren werden wir uns dafür einsetzen, dass die Bereitstellung von gesundem, nachhaltigem und bezahlbarem Schulessen garantiert ist, die zu einem guten Ganztagsangebot dazugehört. In Schulen und städtischen Kitas ist immer ein vegan /vegetarisches Gericht anzubieten.

Personalaufgabe Hausmeister*innen wieder zu den Schulen

Tagtäglich fallen in den Schulen kleinere und größere Instandhaltungsaufgaben an, die von den Hausmeister*innen bewältigt werden müssen. Der bürokratische Weg über das GM.HL stellt sich im Schulalltag als kompliziert und langwierig heraus.

Für einen effektiven Ablauf und schnelle Kommunikation innerhalb der Schule muss die Schulleitung einen Überblick über das Arbeitspensum und die Aufgabenverteilung der zuständigen Hausmeister*innen haben, damit alle Aufgaben möglichst effektiv erledigt werden können. Wir fordern daher, den Schulen wieder feste Hausmeister*innen zuzuteilen und die Personalaufgabe wieder den Schulleitungen zuzuordnen.

Demokratiebildung und Antidiskriminierung

Schulen sollen Orte der demokratischen Begegnung und Mitbestimmung sein. Das Vermitteln eines demokratischen Bewusstseins und eine gefestigte demokratische Sozialisation gehören zu den grundlegenden Bildungsaufträgen von Schulen. Den Grundstein hierfür wollen wir früh legen und Demokratie erlebbar machen. Wir fordern deshalb fest verankerte Demokratiebildung und Demokratieförderung ab der Grundschule.

Wir wollen Beteiligungsmöglichkeiten für Schüler*innen an Schulen ausbauen und partizipative Projekte fördern. Schulen sollen hierfür ein eigenes Budget erhalten. Wir begrüßen das Einführen von Klassenräten ab Grundschule und möchten alle Schulformen ermutigen, weitere Modelle direkter Beteiligung einzuführen.

Der Kampf gegen Diskriminierung ist Teil eines demokratischen Miteinanders. So müssen auch Schulen diese bekämpfen und Wissen über Diskriminierungen vermitteln. Wir wollen Lehrkräfte und Schulpersonal durch Fortbildungen in ihrer schulischen Antidiskriminierungsarbeit stärken und handlungsorientierte Projekte an Schulen fördern. Schüler*innen sollen so Vertrauen in demokratische Strukturen gewinnen und sich ihrer Selbstwirksamkeit bewusst werden.

Entstigmatisierung von Schulen

Der Wohnort oder die Wahl einer bestimmten Schule dürfen keine Nachteile für junge Menschen ergeben. Die Stadt Lübeck muss neben einer hohen und miteinander vergleichbaren Lehrqualität der verschiedenen Schulen auch für die Entstigmatisierung von Schulen sorgen. Unterstützend zu Landesprojekten wie der PerspektivSchule soll die Kommune durch eine bedarfsgerechte Verteilung von finanziellen Mitteln für Gerechtigkeit sorgen. Dieses Sozialraum-Budgeting sorgt für Chancengleichheit und garantiert eine unkomplizierte Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Lübecker Schulen, ohne dass jemand dabei auf Qualität verzichten muss.

Grüne Räume im Schulgelände

Neben der Sanierung von Schulgebäuden muss auch die nachhaltige Umgestaltung von schulischen Außenflächen und Schulhöfen an Gewichtung im politischen Handeln

gewinnen. Dabei müssen Flächen entsiegelt und durch Begrünung lebhaft gemacht werden. Schülerinnen und Schüler gewinnen so an aktiv nutzbarem Raum für Bewegung und Gartenprojekte/Umweltprojekte.

Digitalisierung zu Ende denken

Nur eine digitalisierte Schule ist eine moderne Schule, die den Bedarfen von Lernenden gerecht werden kann und Vielfalt im Unterrichtskonzept anbietet. Die Bereitstellung der notwendigen Technik war ein erster und wichtiger Schritt, um dieses Ziel zu verfolgen. Jedoch fehlt es in den Schulen an zusätzlichen Fachkräften, die sich um die Instandhaltung der Geräte angemessen kümmern können. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass jede Schule eine Stelle zur IT-Instandsetzung und -haltung bekommt.

Freier Einsatz der Schulbudgets

Es ist wichtig und richtig, dass schulische Ausgaben Vorschriften unterliegen, die die Bereitstellung von Möbeln, Materialien, etc. garantieren. Jedoch werden wir uns dafür einsetzen, dass Schulbudgets freier eingesetzt werden können. Auch die Übertragung der finanziellen Mittel ins Folgejahr ist ein sinnvolles Mittel, um den Schulen Flexibilität und Kreativität zuzusichern. So können beispielsweise Lehrkräfte Bedarfe für besondere Materialien anmelden, die ihren Fachunterricht qualitativ aufwerten und den Schülerinnen und Schülern neue Impulse geben können.

Gut beraten in der Schule

Bildungswege von Schüler*innen sind individuell und ihre Bedürfnisse unterschiedlich. Um Schüler*innen und Eltern bestmöglich bei der Orientierung in der Lübecker Schullandschaft zu unterstützen und zu begleiten, braucht es eine zentrale Bildungsberatung. Diese soll dem Bereich Schule und Sport angehören und eine barrierefreie Anlaufstelle für Schüler*innen und ihre Eltern sein und deren Fragen zur Schulwahl, bei Schulwechsel, zur Schullaufbahn und zu Schulabschlüssen beantworten können. Im Mittelpunkt der Beratung sollen die individuellen Stärken, Wünsche und Ziele der Schüler*innen stehen. Die Bildungsberatung soll hierbei eng mit den Lübecker Schulen und stadtweiten Kooperationspartnern zusammenarbeiten.

Gerade für neu zugezogene Schüler*innen und Eltern bedeutet eine zentrale Bildungsberatung eine enorme Erleichterung bei der Schulwahl.

Eine zentrale Bildungsberatung leistet einen großen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, sie arbeitet niedrighschwellig und unabhängig.

Berufliche Orientierung effektiv gestalten

Während der Schulzeit an allgemeinbildenden Schulen sollen Schüler*innen ihre Stärken und Fertigkeiten erkennen. Sie sollen sich über entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten informieren und sich erfolgreich bewerben.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass Lehrkräfte in den wenigen berufsvorbereitenden Unterrichtseinheiten kaum auf die individuellen Bedürfnisse der Schüler*innen eingehen können. Viele Schüler*innen verlassen die Schule ohne eine Ausbildung zu beginnen oder einen Freiwilligendienst anzutreten. Für Schulabgänger*innen ohne Abschluss und ohne berufliche Orientierung bedeutet dies oftmals große individuelle Nachteile.

Wir fordern einen Ausbau der beruflichen Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulformen. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Schulen mit der Jugendberufsagentur wollen wir die Berufsorientierung verbessern, individuelle Beratung der Schüler*innen ermöglichen und so den Übergang von Schule in den Beruf sichern.

Große Ausbildungsmessen an dezentralen Orten sind weder niedrigschwellig noch für alle gut zu erreichen. Stattdessen sollen Informationsveranstaltungen zur beruflichen Orientierung in den Schulen stattfinden, um möglichst gleichberechtigt alle Schüler*innen zu erreichen. Die geladenen Akteur*innen der Ausbildungslandschaft sollten breit aufgestellt und vielfältig sein, so dass sich die Schüler*innen aller Schulformen einen umfangreichen Überblick über ihre Möglichkeiten verschaffen können.

Wir begrüßen, dass Schulen ihre Projektwochen dem Thema der Berufsorientierung widmen und befürworten die Zusammenarbeit und den Austausch der allgemeinbildenden Schulen mit den Berufsschulen. Gegenseitige Besuche und Einblicke der Schüler*innen z.B. in die Werkstätten der berufsbildenden Schulen können wegweisend für eine erfolgreiche Berufsorientierung sein.

Weil Sport mehr als nur Gesundheitsförderung ist (Präambel)

Für das gesellschaftliche Leben in Lübeck ist der Sport eine wichtige Säule. Insbesondere Vereine und Verbände sind Orte des Miteinanders und der Gesundheitsförderung. Sie bieten Raum für Austausch und leisten wertvolle Hilfe zur Integration und Inklusion. Das breit gefächerte Angebot der Vereine und Verbände ist zu großen Teilen ehrenamtlich organisiert. Wir möchten Vereine und Verbände unterstützen und stärken. Zusammen mit allen Akteur*innen wollen wir in Lübeck eine vielfältige und integrative Sportkultur schaffen. Zudem wollen wir weiterhin an der Umsetzung des Sportentwicklungsplans arbeiten und ausreichend Personalstellen für die Planung, Fördermittelbeschaffung und bauliche Umsetzung

der Projekte bereitstellen.

172 Niedrigschwelliges Sportangebot

173 Die Vereine und Verbände der Lübecker Sportlandschaft leisten einen wichtigen
174 Beitrag zum gesellschaftlichen Leben. Wir möchten das vielfältige Angebot
175 stärker bekannt machen, um möglichst vielen Bürger*innen die Teilhabe zu
176 ermöglichen.

177 Verbände und Vereine und alle weiteren Akteur*innen sollen sich vorstellen
178 können und Bürger*innen, Eltern und Kinder sollen sich unverbindlich,
179 niedrigschwellig und vielfältig informieren können. Wir möchten daher
180 Veranstaltungen rund um die Sportmöglichkeiten in Lübeck, wie z.B. Sport im
181 Park, fördern.

182 Viele Schulen ermöglichen ihren Schüler*innen durch Kooperationen mit
183 außerschulischen Sportangeboten das Kennenlernen vielfältiger Sportangebote. Wir
184 begrüßen dies und möchten solche Kooperationen fördern und weitere Schulen
185 hierzu ermutigen.

186 Sportbegeisterte Bürger*innen wünschen jedoch nicht immer die Mitgliedschaft in
187 einem Verein oder Verband. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Wir fordern daher
188 den Ausbau von öffentlichen und niedrigschwelligen Fitness- und
189 Gesundheitsangeboten im Stadtgebiet. Fitness-Stationen sollen möglichst
190 barrierearm sein und sollen inklusive Elemente enthalten. Diese Angebote
191 schaffen Begegnungsstätten und fördern das gesellschaftliche Miteinander sowie
192 die Gesundheit.

193 Wir sprechen uns außerdem für das Errichten von Streetmekkas aus, die neben
194 Sport- , und Kulturzentren insbesondere Begegnungsstätten darstellen. Besonders
195 für die Stadtteile Buntekuh, St. Lorenz Nord und Süd, Holstentor Nord und
196 Moisling wirken diese aufwertend und bereichernd.

197
198 E-Sport bietet Chancen für Inklusion und Integration. Wir wollen den E-Sport in
199 der Hansestadt etablieren, fördern und voranbringen.

200 Schwimmsport stärken

201 Ob Trave, Wakenitz, Kanal oder Ostsee - Lübeck ist von Wasser umgeben. Die
202 Schwimmstätten sind vielfältig: Schwimmhallen, Freibäder, Flussbäder und
203 Strände.

204 Die Schwimmfähigkeit hat in Lübeck nicht nur unter sportlichen Gesichtspunkten
205 einen hohen Stellenwert, sie bietet auch Sicherheit, beugt Unfällen vor und kann

206 Leben retten.

207 Unser gesellschaftliches Ziel muss daher sein, dass Bürger*innen und Kinder das
208 Schwimmen erlernen können oder müssen. Wir wollen die Angebote zum Erlernen der
209 Schwimmfähigkeit von Kindern und Erwachsenen, sowie die Wassergewöhnung in
210 Kindertagesstätten ausbauen und verstetigen.

211 Gemeinsam mit allen Akteur*innen, den Schulen und dem Bereich Schule und Sport
212 möchten wir Lösungen für lange Wartelisten, Personalmangel und begrenzte
213 Kapazitäten finden. Mögliche Optionen können zusätzliche Stunden für den
214 schulischen Schwimmunterricht, der verstärkte Schwimmunterricht in den
215 Freibädern und Flussbädern im Sommer oder das Nutzen von externen Angeboten wie
216 z.B. dem Schwimm-Mobil der DLRG sein.

217 Mädchen und Frauen im Sport stärken

218 Mädchen und Frauen* sind in vielen Bereichen des Sports, in Vereinen und
219 Verbänden weiterhin unterrepräsentiert. Sei es als Übungsleiterinnen,
220 Schiedsrichterinnen, Kampfleiterinnen und Leitungstätigkeiten oder in bestimmten
221 Sportarten. Wir wollen das gesellschaftliche Ziel der Gleichstellung auch im
222 Sport voranbringen. Wir möchten Projekte, Maßnahmen und Initiativen von Vereinen
223 und Verbänden fördern, die im besonderen Maße die Stärkung von Mädchen und
224 Frauen* zum Ziel haben und die die Vielfalt ihres Sportangebots unter der
225 Berücksichtigung der Zielgruppe Mädchen und Frauen* gestalten. Hierfür fordern
226 wir ein Gender Budgeting für den Bereich Sport. Dieses soll sicherstellen, dass
227 finanzielle Mittel bedarfsgerecht und geschlechtergerecht verteilt werden.

228 Sportanlagen ausbauen mit Nachhaltigkeitskriterien

229 Ein Grüner Grundsatz ist die Ermöglichung von Teilhabe für alle Menschen.
230 Deshalb fordern wir einen Kriterienkatalog, der zukünftig erfüllt werden muss,
231 wenn eine bestehende Sportanlagen baulich erweitert oder eine neue Anlage gebaut
232 werden soll. Die Voraussetzungen sollen barrierearme Angebote inkludieren und
233 Barrierefreiheit im Gebäude/in der Anlage garantieren. Um negative Einwirkungen
234 auf die Umwelt durch den (Neu)bau zu reduzieren, soll der Katalog zusätzlich
235 Nachhaltigkeitskriterien aufführen.

A8NEU10 3. Stadtentwicklung & Verkehr

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.4. Kapitel 2 - Stadtentwicklung & Verkehr

Text

Stadtentwicklung und Verkehr

Stadtentwicklung

Für uns ist es wichtig, dass sich eine nachhaltige Stadtentwicklung an den Bedürfnissen von Einwohner*innen und Aufenthaltsqualität orientiert, auf neue Flächenversiegelungen verzichtet und ökologische Bauweisen konsequent einsetzt.

Wir wollen in der Stadtentwicklung neue Wege gehen. Nach Jahrzehnten, in denen das Leitbild der autogerechten Stadt die Planung bestimmt hat, setzen wir in Zukunft auf eine Stadtentwicklung, die die Bedürfnisse der Bürger*innen nach Lebens- und Aufenthaltsqualität in den Mittelpunkt stellt, dafür die benötigten Räume schafft und Mobilität integriert denkt.

In diesem Sinn wünschen wir uns gemischte Quartiere mit Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Kultur- und Sportangeboten, die Verkehr durch kurze Wege reduzieren. Dazu gehört auch der Zugang zu Grünflächen für möglichst viele Lübecker*innen mit wenigen Minuten Fußweg.

Der Lübecker Wohnungsmarkt ist sehr angespannt, vor allem mehr bezahlbarer Wohnraum sowie Sozialwohnungen werden dringend benötigt. Wohnen ist aktuell die zentrale soziale Frage der Stadt. Wir werden daher dafür sorgen, dass in Lübeck in den kommenden Jahren der Wohnraum geschaffen wird, den wir zur Deckung des Bedarfs benötigen. Da uns kommunal kaum Instrumente der Mietregulierung zur Verfügung stehen, ist die Schaffung von Wohnraum der wichtigste Weg, um nachhaltig für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu sorgen.

Leitlinien der Stadtplanung

Wir wollen in Lübeck so viele Lebens- und Naturräume sowie landwirtschaftliche Flächen bewahren wie möglich und den Flächenverbrauch auf das Nötigste

beschränken. Unser Ziel ist es, den benötigten Wohnraum vollständig ohne Neuversiegelung von Flächen im Außenbereich zu schaffen. Stattdessen nutzen wir konsequent die vorhandenen Potentiale durch Nachverdichtung und Nutzung von Leerstand in der Stadt. Hierzu zählen vor allem brachliegende Flächen, Baulücken, ehemalige Gewerbegebiete und Leerstand in ehemaligen Einzelhandelsflächen in den Obergeschossen in der Innenstadt. Zur besseren Erschließung dieser Potentiale wollen wir ein Leerstandskataster, ein Aufstockungs- und ein Flächenmanagementkataster veröffentlichen und regelmäßig aktualisieren.

Zudem wollen wir die knappen Flächen möglichst effizient zur Schaffung neuen Wohnraums nutzen und uns dabei auf Geschosswohnungsbau und Reihenhäuser fokussieren. Neue Baugebiete mit freistehenden Einfamilienhäusern sehen wir hinsichtlich ihres Flächenverbrauchs kritisch. Wir unterstützen stattdessen Nachverdichtung in den bestehenden Siedlungen. Zudem erleben wir in Lübeck gerade - auch ausweislich des Wohnungsmarktberichtes der Verwaltung - einen Generationenwechsel, durch den viele bestehende Einfamilienhäuser auf den Markt kommen und für Suchende in diesem Segment ausreichend viele Gelegenheiten bieten.

Auch in der Planung neuer Wohngebiete wollen wir die Voraussetzungen schaffen, um motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Hierzu zählen eine gute Anbindung an den ÖPNV und den Umweltverbund und eine Überarbeitung der Stellplatzverordnung. Während wir feste Vorgaben für Carsharing, E-Ladestationen und überdachte Fahrrad- und Lastenrad-Stellplätze vorsehen, wollen wir die Vorgaben für PKW-Stellplätze je Wohneinheit sukzessive reduzieren, auch um Baukosten und damit Miethöhen zu reduzieren. Stellplätze wollen wir bevorzugt am Rand der neuen Quartiere ansiedeln, um innerhalb der Siedlungen Platz und Aufenthaltsräume zu schaffen.

In der stadtplanerischen und architektonischen Gestaltung von neuen und bestehenden Quartieren gilt für uns die Devise "Qualität vor Quantität". Den Welterbe- und Gestaltungsbeirat wollen wir daher erhalten, dieser sorgt für verbesserte Architektur und Baukultur. Essentiell ist für uns auch eine aktive und zielgerichtete Beteiligung der Bürger*innen, zum Beispiel in Form von Workshops für quartiersbezogene Rahmenentwicklungspläne.

Städtische Flächen und Erbbau

Wir wollen auch langfristig die Lübecker Stadtentwicklung bestmöglich gestalten können und halten kommunales Flächeneigentum für ein wichtiges Instrument, um eine aktive Wohnungs-, Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik betreiben zu können. Daher wollen wir den Verkauf von städtischen Flächen deutlich reduzieren und langfristig ganz einstellen. Stattdessen wollen wir zunehmend dazu übergehen, Wohn- und Gewerbeflächen in städtischem Eigentum zu belassen und sie nur

66 zeitweise Privaten zur Nutzung zu überlassen, etwa im Erbbau.

67
68 Lübeck ist die Kommune in Deutschland mit den meisten im Erbbau herausgegebenen
69 Grundstücken. Aus unserer Sicht ist Erbbau ein sehr sinnvolles Instrument, um
70 auch Menschen Wohneigentum zu ermöglichen, deren Finanzierungsmöglichkeiten
71 gerade in den frühen Phasen der Familiengründung begrenzt sind. Daher wollen wir
72 bestehende Erbbaugrundstücke langfristig erhalten und in Zukunft nicht mehr
73 verkaufen. Die Konditionen für die Verlängerung von bestehenden und die
74 Herausgabe neuer Erbbauverträge wollen wir so anpassen, dass sie den sozialen
75 und wohnungspolitischen Zielen des Erbbaurechts auch in Phasen niedriger Zinsen
76 entsprechen.

77 Wir befürworten eine aktive Baulandentwicklung und Bodenbevorratungspolitik in
78 Lübeck. Dabei werden primär Flächen entwickelt, die schon im Eigentum der
79 Hansestadt sind. Bei Neuentwicklungen im Außenbereich soll eine Entwicklung nur
80 möglich sein, wenn mindestens 50% des Landes im Zwischenerwerb an die Stadt
81 veräußert werden.

82 Wohnen

83 Die in Lübeck herrschende Wohnungsknappheit und der Mietendruck lassen sich
84 langfristig nur durch die Schaffung von ausreichend neuem Wohnraum beheben.
85 Daher ist es unser Ziel, in den kommenden Jahren diesen Bedarf durch ausreichend
86 Neubau zu decken, wobei wir uns für die Höhe des Bedarfes an den jeweils
87 aktuellen Schätzungen des Wohnungsmarktberichtes orientieren. Entsprechend
88 wollen wir über die aktuell geplanten 5.000 neuen Wohneinheiten weitere 1.800
89 Wohneinheiten bis 2030 schaffen und entsprechende Wohngebiete im neuen
90 Flächennutzungsplan ausweisen.

91 Wir werden darauf hinwirken, dass dabei ausreichend Wohneinheiten in dem
92 besonders angespannten Wohnungsmarktsegment mit bezahlbaren 1-2 Zimmer-Wohnungen
93 - auch für Studierende - geschaffen werden. Wichtig ist uns, dass wir eine gute
94 Durchmischung von Wohnraum aller Preisklassen in jedem Stadtteil erreichen.

95 Das Angebot an Wohnraum lässt sich auch verbessern, indem bestehende Flächen
96 effizienter genutzt werden. Um dies zu erreichen, wollen wir gezielte Angebote
97 schaffen für Senior*innen, die im Alter nicht mehr in ihren zu groß, leer und
98 aufwendig gewordenen Häusern leben möchten, sondern sich passgenauere Wohnformen
99 wünschen, wie etwa Mehrgenerationenhäuser oder Senior*innenwohnungen und -WGs.

100 Besonders beunruhigend ist in Lübeck die verfügbare Anzahl an Sozialwohnungen.
101 Während Sozialverbände für eine Stadt mit der Größe Lübecks rund 12.000
102 Sozialwohnungen empfehlen, gibt es aktuell in Lübeck nur rund 8.000, die mittel-
103 und langfristig stark sinken werden, da mehr Wohnungen aus der Sozialbindung

herausfallen werden als neue Sozialwohnungen gebaut werden können. Wir streben deshalb an, den Bestand bis 2025 auf permanent 12.000 Sozialwohnungen zu steigern, indem Belegungsrechte neu erworben werden, auch unter Nutzung dafür vorgesehener Programme der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Außerdem wollen wir zusätzliche Sozialwohnungen im mittleren Preissegment (8-10 €/m²) schaffen, gefördert durch den sogenannten zweiten Förderweg.

Für den Neubau sehen wir klimaneutrale Bauweisen und eine klimaneutrale Energie- und Wärmeversorgung vor. Um das Ziel der Klimaneutralität schnellstmöglich zu erreichen, ist es deutlich sinnvoller, klimaneutrale Wärmequellen und eine entsprechende Dämmung jetzt schon in Neubauten einzubauen als diese dann in ein paar Jahren sehr viel teurer um- und nachrüsten zu müssen. Klimaneutrale Bauweisen erfordern den Aufbau von Qualifikationen und Kompetenzen in der Verwaltung und die Erarbeitung von Planungs-, Material- und Ausschreibungsstandards. Durch Solar- und Gründachsatzungen und entsprechende Vorgaben in Bebauungsplänen kann eine klimaneutrale, bauliche Entwicklung sinnvoll ergänzt werden.

Sanierung

Die Sanierung des Gebäudebestandes und deren klimaneutrale Versorgung mit Wärme ist eine der zentralen Herausforderungen beim Klimaschutz. Und auch eine, die erheblich durch lokales Handeln vor Ort entschieden wird.

Um energetische Sanierungen zu fördern und zu finanzieren, wollen wir neue Sanierungsgebiete einrichten, insbesondere dort, wo viel sanierungsbedürftiger Altbestand vorhanden ist, wie z.B. in Marli, Moisling und Schlutup. In den ausgewiesenen Sanierungsgebieten soll es lokal zugeschnittene Vorgaben energetischer Mindeststandards geben, die für die finanzielle Förderung einzuhalten sind.

Darüber hinaus wollen wir Sanierungskonzepte mit Beratung und Förderung von sanierungsbedürftigen Häusern und Gebäudetypen mit flexibler Nutzung für Privatnutzung und Vermietung auch außerhalb der Sanierungsgebiete erstellen, wie beispielsweise für Gründerzeithäuser oder Siedlungshäuser in den klassischen Siedlungsgebieten der Stadt. Besondere technische und finanzielle Herausforderungen stellen sich bei der Sanierung von Denkmälern. Aus diesem Grund wollen wir hierfür bessere Informationsangebote bereitstellen und Möglichkeiten zur Förderung aus kommunalen Mitteln entwickeln.

Kommunen haben in unseren Augen eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz, so dass wir uns in Lübeck bei der energetischen Sanierung der städtischen Liegenschaften ein Beispiel an den sehr viel umfangreicheren Anstrengungen des Landes nehmen wollen. Wir werden uns für ein deutlich höheres Sanierungstempo mit zusätzlichen Investitionen einsetzen, das darauf ausgerichtet ist, auch in diesem Bereich die

Lübecker Klimaziele zu erreichen. Entsprechend wollen wir auch bei städtischen Gebäuden auf den Einbau von fossilen Heizungen verzichten.

Verkehr

Unsere Verkehrspolitik orientiert sich sowohl am Leitbild einer klimaneutralen und sozialgerechten Verkehrswende als auch an der Steigerung der Lebens- und Aufenthaltsqualität. Wir wollen klimaneutrale Mobilitätsformen fördern und klimaschädliche Investitionen sukzessive auf Null reduzieren. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass wir als Kommune die Möglichkeit bekommen, Tempo 30 Zonen ausweiten zu können.

Wir streben in Anlehnung an das Stadtentwicklungsszenario D höhere Anteile für den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, Fuß) an, als aktuell den verkehrlichen Planungen in Lübeck zugrunde liegt. Entsprechend müssen die Anstrengungen gerade beim Ausbau des ÖPNV, der Fußwege und der Fahrradinfrastruktur deutlich erhöht und gegenüber Investitionen für den motorisierten Individualverkehr priorisiert werden.

ÖPNV

Der wichtigste Ansatzpunkt zur Verbesserung des Stadtverkehrs Lübeck betrifft die Verbesserung des Angebotes, also die Ausweitung und Optimierung des Liniennetzes, und eine deutliche Verbesserung der Taktfrequenz durch einen 10-Minuten-Takt auf den Hauptachsen und Taktverbesserungen abends und am Wochenende. Gerade das nächtliche ÖPNV-Angebot wollen wir maßgeblich, insbesondere am Wochenende, verbessern. Wir wünschen uns eine verbesserte Abstimmung der Linien in einem sogenannten Integralen Taktfahrplan (ITF) und die Einführung von weiteren Radiallinien als Ergänzung zum sternförmigen Netz mit der Innenstadt im Zentrum.

Daneben werden wir uns auch weiterhin für attraktive Preise einsetzen. Nachdem bereits in den Außenbezirken die Preise deutlich reduziert wurden, fordern wir dasselbe auch für die inneren Bezirke. Als Ergänzung wünschen wir uns einen digitalen Tarif, der App- und GPS-basiert sehr komfortabel den Preis gemäß der tatsächlich gefahrenen Luftlinienentfernung berechnet. Langfristig wünschen wir uns einen umlagefinanzierten ÖPNV. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang einen umlagefinanzierten ÖPNV für Tourist*innen ("Unbeschwert unterwegs") und fordern eine Ausweitung auf das Lübecker Stadtgebiet. Das bundesweite 49€-Ticket ist ein wichtiger Schritt, der den Diskurs zur Umlagefinanzierung vorangebracht hat und das Tarifsysteem für Vielfahrer*innen deutlich vereinfacht und vergünstigt.

Eine deutliche Aufwertung des ÖPNV erwarten wir auch durch die Ausweitung des

Angebotes in den Nachtstunden und Außenbezirken durch mehr anschlussorientierten On-Demand-Verkehr und die Umsetzung von Busbeschleunigungsmaßnahmen durch z.B. Optimierung der Ampelanlagen, zusätzliche Busspuren und den Umbau von Busbuchten. Ebenso wollen wir die Vernetzung zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln (Fahrrad/Carsharing/Fußverkehr/Bus/Bahn) vor allem an den bestehenden Bahnhaltstellen und wichtigen Busknotenpunkten optimieren und die Fahrpläne besser aufeinander abstimmen.

Des Weiteren führen E-Scooter immer wieder zu Unmut bei Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Auch aus der Perspektive der Barrierefreiheit sind sie höchst problematisch. Deshalb fordern wir eine Neuorganisation von E-Scootern im öffentlichen Raum durch klare Regelungen, wie etwa die Ausweisung von Abstellzonen.

Wir stehen der Wiedererrichtung einer Straßenbahn in Lübeck grundsätzlich sehr positiv gegenüber und sehen hier viele potentielle Vorteile. Entsprechend sind wir gespannt auf die Ergebnisse der Potentialanalyse und machen unsere Unterstützung von deren Ergebnissen und Fakten abhängig.

Fahrradverkehr

Ausbau und Verbesserung der Fahrradinfrastruktur ist nach seit Jahren anhaltendem Stillstand ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Um Lübecks Rückstand gegenüber vielen vergleichbaren Städten aufzuholen, wollen wir eine Investitionsoffensive für Neu- und Umbau von Radwegen, beginnend bei den zentralen Fahrradachsen, umsetzen. So sollen die Radwege mindestens den ERA-Standard erreichen. Dies beinhaltet, wo dies sinnvoll und angebracht ist, die Überplanung des gesamten Straßenraums, insbesondere des ruhenden und fahrenden Autoverkehrs, um den notwendigen Platz für den Fahrradverkehr zu schaffen. Unser Ziel dafür ist es, die Kapazitäten so aufzubauen, dass wir imstande sind, mindestens 20 Kilometer Fahrradwege pro Jahr durch Neubau und Sanierung in den ERA Standard zu bringen.

Zusätzlich werden wir einen sicherheitsorientierten Umbau der kritischen Verkehrsknotenpunkte und Unfallschwerpunkte für Fahrradfahrer*innen anstoßen, wie etwa den Lindenplatz, Mühlentorteller oder Gustav-Radbruch-Platz. Die nach Jahren des Verfalls jüngst gestartete Sanierung der bestehenden Radinfrastruktur wollen wir ausweiten und beschleunigen.

Für eine ganzjährig und ganztägig sichere Fahrt, müssen Reinigung und Winterdienst für Radwege verbessert werden.

Die Stellflächen für Fahrräder und Lastenräder im öffentlichen Raum wollen wir deutlich ausbauen und um überdachte Stellflächen und Fahrradparkhäuser ergänzen.

Um den Fahrradverkehr zu fördern, wollen wir außerdem ein Fahrradverleihsystem

in Lübeck einführen. Um die Fehler der E-Scooter-Verleihsysteme nicht zu wiederholen, setzen wir uns für eine kluge Regulierung ein und unterstützen dafür auch eine Förderung aus dem städtischen Haushalt.

Kleingewerbe und Familien wollen wir durch Einrichtung eines Förderprogrammes für Lastenräder unterstützen.

Fußverkehr

Investitionen zur Sanierung und Schaffung eines durchgehend barrierefreien Fußwegenetzes sind uns ein zentrales Anliegen und unentbehrlich für Mobilität und Teilhabe von Kindern und Bevölkerungsgruppen, deren Beweglichkeit ohnehin schon eingeschränkt ist. Dazu zählen auch sichere Quermöglichkeiten sowie sogenannte Gehwegnasen, die es Fußgänger*innen baulich ermöglichen, an parkenden Autos vorbei den Verkehr einzusehen, bevor sie die Straße überqueren.

Zum Schutz von Fußgänger*innen setzen wir uns unter anderem für bauliche Lösungen ein, etwa bauliche Trennungen von Rad- und Fußwegen oder einen Streifen geschnittenes Pflaster in Kopfsteinpflasterstraßen, damit es dort keinen Grund für Fahrradfahrer*innen gibt, auf dem Gehweg zu fahren. Wir wünschen uns aber auch eine Informations- und Öffentlichkeitskampagne für ein rücksichtsvolles Miteinander, auch in verkehrsberuhigten und Spielstraßen.

Carsharing

Carsharing ist ein bedeutender Ansatzpunkt zur Reduzierung des stehenden motorisierten Individualverkehrs, denn ein Carsharing-Fahrzeug ersetzt im Durchschnitt acht private PKWs. Wir wollen daher das Carsharing-Angebot durch das Bereitstellen von deutlich mehr und attraktiven Stellplätzen konsequent erhöhen. Dazu zählt auch die Umwidmung von öffentlichen Parkplätzen in Carsharing-Parkplätze und die sukzessive Ausstattung der Carsharing-Plätze mit E-Ladesäulen.

Motorisierter Individualverkehr

Wir freuen uns sehr, dass die Bürgerschaft in der vergangenen Periode einstimmig den "Rahmenplan Innenstadt" verabschiedet hat, der - mit umfangreicher Bürger*innenbeteiligung erarbeitet - sehr viele Verbesserungen für die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Altstadt vorsieht, unter anderem durch Unterbindung des reinen Durchgangsverkehrs. In der Beckergrube ist diese Neuregelung bereits umgesetzt und ein Wettbewerb für deren Neugestaltung durchgeführt worden. Wir werden uns dafür einsetzen, das Umsetzungstempo zu

erhöhen und Durchgangsverkehre auch an anderen Stellen der Innenstadt zu unterbinden. Eine mittelalterliche Innenstadtinsel und Welterbe sollte nicht als Abkürzungsstrecke zweckentfremdet werden.

Im Rahmenplan Innenstadt ist auch eine stetige Verringerung von Parkplätzen in der Innenstadt enthalten. Wir wollen diese Reduzierung fortführen. Außerhalb der Innenstadt setzen wir uns für die Einführung von Anwohnerparkzonen ein, wo Parkraum besonders knapp ist, wie etwa rund um den Hauptbahnhof. Im Gegensatz zu vergleichbaren Städten sind Parkgebühren in Lübeck noch sehr niedrig, so dass wir Erhöhungen nutzen werden, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren.

Den Bau von unwirtschaftlichen Parkhäusern durch die KWL sehen wir sehr kritisch und werden diese nur dann unterstützen, wenn diese Verkehre aus den Zentren ziehen und als Mobilitätshub zum Umsteigen auf andere Mobilitäten dienen. Insbesondere in Travemünde, hier gibt es bereits ca. 2.800 Parkplätze für Tagesgäste, so dass ein Parkhaus dort nur an wenigen Tagen im Jahr ausgelastet und damit sehr unwirtschaftlich wäre.

Neben der Schaffung von Anreizen zum Umstieg auf den Umweltverbund durch Push- und Pull-Maßnahmen, spielt auch die Umstellung auf E-Autos eine wichtige Rolle bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Um auch Lübecker*innen ohne eigenen Parkplatz den Besitz eines elektrischen PKWs zu ermöglichen, werden wir sicherstellen, dass im öffentlichen Raum in Lübeck flächendeckend und ausreichend E-Ladesäulen vorhanden sind.

A9NEU 9. Entsorgung & Recycling

Gremium: KMV

Beschlussdatum: 26.11.2022

Tagesordnungspunkt: 1.10. Kapitel 8 - Entsorgung & Recycling

Text

Müll - woraus, woher, wohin

Müll jeglicher Art stört im Stadtbild und stellt eine Gefahr für die Umwelt und für die Menschen dar, beispielsweise gelangt über den Boden auch Mikroplastik in unser Grundwasser, das für uns im Norden die wichtigste Trinkwasserquelle ist. Müllvermeidung ist der beste Weg zu einer sauberen Stadt und einer gesunden Umwelt. Dies wird von privaten Haushalten seit langem immer wieder gefordert. Wir wollen, dass auch die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und bei der Beschaffung von Gütern/Bedarfen auf die Vermeidung von unnötigem Müll achtet. Dafür muss die Priorität bei der Kaufentscheidung auf Mehrweggütern und recycelten Produkten liegen. Bequemlichkeit darf kein Argument sein, um das Neukaufen dem Aufwerten eines bestehenden Produkts vorzuziehen.

Müll jeglicher Art stört im Stadtbild und kann eine Gefahr für die Umwelt und für die Menschen darstellen. Beispielsweise kann Mikroplastik aus nicht ordnungsgemäß entsorgtem Müll über den Boden in das Grundwasser und damit auch in unser Trinkwasser gelangen. Viele Rückstände von in der Umwelt abgeladenen Müll sind gesundheitsgefährdend für Mensch und Tier.

Wir werden dafür sorgen, dass die Potenziale der Stadtverwaltung und deren Einrichtungen für Müllvermeidung und Recycling systematisch erfasst und umgesetzt werden.

Müllvermeidung und Umweltschutz sind eine Gemeinschaftsaufgabe

Als GRÜNE unterstützen wir gesellschaftliche Initiativen und Aktivitäten, die sich damit auseinandersetzen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das bürgerliche Engagement im Umweltschutz und in der Umweltbildung weiterhin gestärkt und gefördert wird. Dazu zählt unter anderem die organisatorische und materielle Unterstützung von Aktionen, die der Vermüllung der Umwelt entgegenzutreten, wie zum Beispiel öffentliche Müllsammelaktionen. Gerade in Gewässernähe hat eine Vermüllung der Umwelt sehr negative Auswirkungen, die zum

Beispiel durch die Schadstoffe von Zigarettenstummel bewirkt werden. Wir fordern eine langfristige Strategie gegen dieses Problem, welche die Bürger*innen, die Verwaltung und die Entsorgungsbetriebe mit einbezieht.

Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass Geschäfte und Unternehmen ebenfalls ihre Rolle beim Thema Entsorgung einnehmen müssen und stützen deshalb das Verursachungsprinzip. Demnach muss sich der Einzelhandel beispielsweise finanziell an der Müllentsorgung beteiligen, wenn der Müll im Umfeld hauptsächlich aus den eigenen Produktresten besteht. Auch für Veranstaltungen, insbesondere im Außenbereich, muss dieses Prinzip gelten.

Müllvermeidung fängt beim nachhaltigem Einkauf an

Digitalisierte und umweltverträgliche städtische Betriebe

Wir wollen, dass auch die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangeht und bei der Beschaffung von Gütern und Bedarfen auf die Vermeidung von unnötigem Müll achtet. Dafür muss die Priorität bei der Kaufentscheidung auf Mehrweggütern und recycelten Produkten liegen. Bequemlichkeit darf kein Argument sein, um das Neukaufen dem Aufwerten eines bestehenden Produkts vorzuziehen.

Wir werden dafür sorgen, dass die Potenziale der Stadtverwaltung und deren Einrichtungen für Müllvermeidung und Recycling systematisch erfasst und umgesetzt werden.

Unsere städtischen Entsorgungsbetriebe

Die städtischen Entsorgungsbetriebe leisten einen wesentlichen positiven Beitrag zur Klimabilanz Lübecks. Dies gilt es auch weiterhin zu fördern und entspricht dem notwendigen politischen Handeln für die nächsten Jahre. Die städtischen Betriebe umfassen viele Arbeitsorte, an denen zahlreiche Fachkräfte arbeiten. Diese verdienen zeitgemäße Arbeitsbedingungen und Wertschätzung. Bessere Effektivität im internen Austausch und in den bürger*innenbezogenen Prozessen wird beispielsweise durch eine schnelle und umfassende Digitalisierung garantiert.

Wir unterstützen die Betriebe zudem auf ihrem Weg, die Nachhaltigkeit ihres Anlagen- und Fahrzeugbetriebs voranzubringen. Beispielsweise fördern wir die Nutzung regenerativer Antriebsenergien und den Bau energetisch effizienterer Anlagen, denn: Müllwirtschaft und Stadtentwässerung sind aktiver Umwelt- und Gewässerschutz!

Weitsicht und Nachhaltigkeit

Umwelt- und Gewässerschutz erfordern eine zielorientierte Kooperation öffentlicher und privater Initiativen. Dabei kommt es leider zu Hindernissen, die die Umwelt belasten. Beispielsweise wird Müll illegal abgeladen. Wir fordern, dass diese Hinderungen am aktiven Umweltschutz systematisch aufgedeckt und wo möglich beseitigt werden.

Auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der Mülldeponie in den nächsten Jahren müssen Umweltkriterien mitgedacht werden. Wir fordern grundsätzlich eine weitsichtige Planung, wenn es um die sichere Deponierung des in Lübeck anfallenden Mülls geht. Wir erwarten unverzüglich den Beginn der Standortsuche für eine Sondermülldeponie, die die Deponie Schönberg/ Ihlenberg ab voraussichtlich. 2030 ersetzen kann. Dies haben die norddeutschen Bundesländer, auch Schleswig-Holstein, zugesagt, bisher aber keine Aktivitäten für ein Standortsuchverfahren ergriffen.

A10NEU 10. Sicherheit & Ordnung

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.11. Kapitel 9 - Sicherheit & Ordnung

Text

1 Sicherheit und Ordnung

2 Wir begleiten die Sicherheitspartnerschaft zwischen der Stadt Lübeck und der
3 Polizei aktiv. Die neu entstehende Begegnungsstätte für Menschen mit
4 Suchterkrankungen an der Marienbrücke ist ein erster wichtiger Baustein. Wir
5 erwarten eine dauerhafte Entlastung von Polizei und Ordnungsdienst.

6 Für die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren setzen wir das
7 Wirtschaftlichkeitsgutachten kontinuierlich um.

8 Wir unterstützen die Umsetzung einer kooperativen Leitstelle von
9 Rettungsdiensten, Feuerwehr und Polizei.

10 Im Zuge der Digitalisierung verändert sich der direkte Kontakt zwischen Behörden
11 und Bürger*innen. Wir möchten den digitalen Service gerade im Bereich der
12 Bürgerbüros erweitern und so Bürger*innen und Verwaltung entlasten. Service und
13 Informationen müssen weiter zugänglich sein für Bürger*innen, die digitale
14 Angebote nicht nutzen können oder möchten.

15 Bürgerbüros sind für Neuzugezogene wichtige Anlaufstellen. Wir möchten
16 Neubürger*innen das Ankommen in Lübeck und die Teilhabe am Stadtgeschehen
17 erleichtern. Hierzu soll bei Anmeldung des Wohnsitzes eine umfangreiche
18 Willkommens- und Informationsbroschüre überreicht werden mit Hinweisen und Tipps
19 zu Freizeit, Kultur, Sport, Bildung und Ehrenamt.

20 In vielen Stadtteilen klagen Anwohner*innen zu Recht über zugeparkte Gehwege.
21 Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz des Ordnungsdienstes in den
22 besonders betroffenen Gebieten ein.

23 Wir fordern, den geplanten Anbau des Standesamtes unverzüglich umzusetzen.

A11NEU 1. Einleitung

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.2. Einleitung

Text

Liebe Lübecker*innen,

in Zeiten überlagernder Krisen mit dem Klimawandel, den Folgen der Corona-Pandemie und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Energiepreise und Konjunktur steht auch die Politik in Lübeck vor ganz besonderen Herausforderungen. Insbesondere nach Jahren einer Politik des Stillstands durch die Große Koalition aus SPD und CDU gilt es, viel Versäумtes aufzuholen und viele verpasste Chancen endlich zu nutzen.

Der Klimanotstand wurde bereits 2019 ausgerufen, ein echtes Umsteuern hat jedoch nicht stattgefunden, das Angebot und die Kosten für Kinderbetreuung sind weder bedarfsgerecht noch zufriedenstellend, beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur herrscht seit Jahren Stillstand und die Qualität städtischer Dienstleistungen bleibt häufig hinter den Erwartungen zurück. Lübeck ist insgesamt noch weit von der attraktiven, sozialen, inklusiven und fortschrittlichen Stadt entfernt, die es sein könnte.

Mit unserem Wahlprogramm geben wir Antworten auf diese Herausforderungen – ehrgeizig, ideenreich und konkret. So wie unser Politikstil lebendig, lösungsorientiert und nah an den Menschen ist, so ist auch dieses Programm zusammen mit vielen Menschen aus Lübeck entstanden. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zeigen in Bund und Land, dass sie Verantwortung annehmen und erfolgreich umsetzen können. Auch wir Lübecker GRÜNE sind bereit, uns diesen Herausforderungen zu stellen. Wir wollen bei der Bürgerschaftswahl stärkste Partei werden und Lübeck in der kommenden Wahlperiode aktiv mitgestalten. Viele unserer GRÜNEN Ideen und Pläne für Lübeck findet ihr in diesem Programm.

Wir möchten Lübeck zu einer ökologischeren, sozialeren und lebenswerteren Stadt weiterentwickeln! Ihr habt die Wahl: Am 14. Mai 2023 Lübecks Zukunft gestalten - GRÜN wählen!

A12NEU42 2. Klima & Umwelt

Gremium: KMV
Beschlussdatum: 26.11.2022
Tagesordnungspunkt: 1.3. Kapitel 1 - Klima & Umwelt

Text

Klimaschutz in Lübeck

Die Klimakrise ist bereits heute Realität und ihre Auswirkungen sind auch in Lübeck spürbar. Die Veränderung, die in jedem Bereich unseres Lebens und Wirtschaftens erfolgen wird und muss, können wir jetzt noch gestalten. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Wir wollen in Lübeck einen deutlich höheren Beitrag leisten. Klimaschutz muss daher stets Priorität haben.

Die Lübecker Bürgerschaft hat bereits beschlossen, Treibhausgasemissionen bis 2030 zu halbieren (Basis 2019) und bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir wissen allerdings, dass das nicht reicht, um die Pariser Klimaziele und das 1,5-Grad-Ziel zu halten. Deswegen werden wir alle verfügbaren Ressourcen nutzen, um Lübeck auf den Weg zur schnellstmöglichen Klimaneutralität bis 2035 zu bringen. Klima- und Sozialpolitik müssen zusammen gedacht und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen diesen Weg zu einer klima- und umweltgerechten Zukunft zusammen mit allen Lübecker*innen beschreiten.

Trotz der Ausrufung des Klimanotstandes 2019 sind in den letzten Jahren die politischen Weichen nicht konsequent in Richtung Klimaneutralität gestellt worden. Jedoch hat die Klimaleitstelle Lübeck unter Einbindung der breiten Öffentlichkeit einen Masterplan Klimaschutz entworfen. Wir werden die zügige Umsetzung dieses Masterplans und aller weiteren erforderlichen Maßnahmen durchsetzen und diese, wo nötig, nachschärfen. Des Weiteren fordern wir, dass die Klimaleitstelle bei Vorlagen der Stadtverwaltung die Möglichkeit eines Einspruchs erhält, wenn diese nicht mit den Klimaschutzzielen der Stadt vereinbar sind. Zu diesem Ziel soll die Klimaleitstelle finanziell und personell langfristig gesichert aufgestockt werden.

Wir werden die Aufgabenverteilung in den Ausschüssen verändern. Aufgrund der Dringlichkeit der Themen fordern wir einen eigenen Ausschuss für Klima und Umwelt.

Weiterhin dürfen Anschaffungen nicht mehr nur mit Hilfe einer kurzfristigen Kosten-Nutzen-Analyse bewertet werden. Es müssen auch langfristige Betriebskosten eingerechnet werden, sodass die Vorteile langlebiger Produkte bei Entscheidungen berücksichtigt werden können. Das geht zum Beispiel mit einer Lebenszykluskostenbetrachtung. Wir möchten uns für diese Methode einsetzen, um die Wirtschaftlichkeit von Anschaffungen langfristig zu bewerten und das Klima zu schützen. Entsprechend der Empfehlung des Umweltbundesamtes wollen wir wie das Land Schleswig-Holstein bei der Abwägung von Investitionstätigkeiten die Klimakosten berücksichtigen.

Die Beschränkung auf das Notwendige, die bewusste Auswahl von Materialien und die Optimierung von Aufwand zu Nutzen (Suffizienz, Konsistenz und Effizienz) sind die Grundlagen eines nachhaltigen Umgangs mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen, an die wir gebunden sind. Technische Maßnahmen ergänzen Naturschutz, Landschaftsplanung und Flächenmanagement sowie Verhaltensanpassung, auf denen der Fokus unseres politischen Handels liegt.

Klimaschutz im Bau

Der Betrieb von Gebäuden hat einen hohen Anteil am Gesamtenergieverbrauch in Lübeck. Den größten Teil hiervon benötigen wir zur Beheizung. Dies führt zu einem hohen CO₂ Ausstoß. Ursache sind vor allem Gebäudehüllen ohne oder mit geringfügiger Dämmung, Fenster schlechter Qualität und eine Wärmeerzeugung, die überwiegend auf der Verbrennung fossiler Energieträger fußt.

Daraus folgen für uns konkrete Zielsetzungen.

Jeder Neubau muss im Bau und im Betrieb klimaneutral sein. Hierfür braucht es gute Dämmung für Energieeffizienz, die Nutzung alternativer Baustoffe und die Nutzung erneuerbarer Energie für die Wärme. Wir werden uns dafür einsetzen, in diesen Bereichen hohe Standards festzulegen.

Bei bestehenden Gebäuden muss der Energiebedarf durch Dämmung der Gebäudehüllen und moderne Fenster so weit wie möglich gesenkt werden, mindestens auf ein Niveau, dass eine effiziente Wärmeversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien ermöglicht. Die Wärmeversorgung muss klimaneutral werden. Dies gilt sowohl für einzeln versorgte Gebäude als auch für die Nah- und Fernwärmeversorgung in den Quartieren und Stadtvierteln.

Wir wollen nachwachsende, recycelte oder recyclingfähige Baustoffe bevorzugt verwenden..

Klimaneutrale Quartiere

Neben der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes steht in den Quartieren die Schaffung einer energieeffizienten Infrastruktur und die effiziente Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien als Aufgabe im Vordergrund. Hierzu fordern wir die Erstellung eines Quartiers-Katasters im Rahmen der Erstellung des Kommunalen Wärmeplanes durch die Klimaleitstelle. Auf Marli und in St. Lorenz Nord wurde bereits mit solchen Konzepten begonnen. Wir werden uns für weitere Quartierskonzepte einsetzen und fordern die Begleitung durch Sanierungsmanager und die Schaffung und Besetzung der erforderlichen Stellen. Auch hierfür wollen wir auf die Fördermittel des Landes zurückgreifen. Um die notwendigen Schritte zu beschleunigen, halten wir die Erstellung einer Leitlinie für Quartier-Sofort-Maßnahmen für geeignet. Um die Möglichkeiten, Konzepte und Lösungen sichtbar zu machen unterstützen wir das Konzept von Sanierungsmessen in Quartieren, zur frühzeitigen Einbindung der Bürger*innen unterstützen wir die Einführung eines Runden Tisches Quartierssanierung. Ebenfalls dem Gedanken der Vermittlung und Sichtbarmachung folgend sind "gläserne Baustellen" zu schaffen.

Lübeck mit erneuerbaren Energien versorgen

Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine Kernanforderung einer klimaneutralen Zukunft

Die Deckung unseres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien ist eine grundsätzliche Erfordernis für eine klimaneutrale Zukunft. Die Energiepreisentwicklung im Rahmen des Ukrainekriegs hat uns allen erneut vor Augen geführt, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht nur klimapolitisch unumgänglich ist sondern auch wirtschaftlich erforderlich. Insbesondere, aber nicht nur einkommensschwache Bürger*innen sind mit den finanziellen Auswirkungen häufig existenzbedrohend überfordert.

Auch in Lübeck wollen wir unseren Beitrag leisten bei der dezentralen Erzeugung regenerativen Stroms. Aus geographischen Gründen existiert kaum Potential für Windenergie vor Ort, daher geht es dabei in Lübeck vor allem um die Bereitstellung von Gebäuden und Flächen für Photovoltaik. Eine der größten Herausforderungen ist die Wärmewende, bei der fossil erzeugte Wärme vor allem durch Wärmepumpen ersetzt werden muss. Dies gilt sowohl für den Austausch von Heizungen in privaten Haushalten und Unternehmen als auch für Nah- und Fernwärme

Klimaneutraler Strom für Lübeck

Mit den Dachflächen, insbesondere von kommunalen Gebäuden und Gewerbeobjekten sowie den sonst nur durch den ruhenden Verkehr genutzten Flächen auf Parkplätzen stehen enorme Potenziale für die Stromerzeugung durch Photovoltaik bereit. Diese müssen in größtmöglichem Umfang schnellstmöglich genutzt werden.

Gerade im Bereich von Neubauten ist die Integration von Photovoltaik oder Solarthermie unproblematisch darstellbar. Wir fordern deshalb für alle Neubauten in Lübeck eine Solarenergienutzungspflicht.

Wir unterstützen das Vorhaben, eine PV-Strategie für kommunale Dächer aufzustellen. Durch einen Grundsatzbeschluss der Bürgerschaft wollen wir die maximale Belegung geeigneter kommunaler Dächer mit PV-Anlagen festschreiben. Die städtischen Investitionen für die Ausstattung kommunaler Dächer und Flächen mit PV-Anlagen wollen wir deutlich erhöhen. Um dem zunehmenden Umfang der erforderlichen Planung und Umsetzung bei der Ausrüstung der verfügbaren Flächen mit PV-Anlagen gerecht zu werden, unterstützen wir die Schaffung notwendiger Stellen in der Bauverwaltung.

Zusätzlich unterstützen wir auch andere innovative Technologien, um die dezentrale Energiewende voranzubringen.

Klimaneutrale Wärme für Lübeck

Um die Lübecker Klimaziele zu erreichen, müssen bis 2040 die fossilen Heizungen in den Lübecker Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümern durch regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um soziale Härten zu vermeiden.

Um unser Klimaziel einzuhalten, müssen die fossilen Heizungen in den Lübecker Wohnungen, Häusern und Unternehmen von den Eigentümer*innen schnellstmöglich durch regenerative Alternativen ersetzt werden, eine signifikante finanzielle Herausforderung. Es existieren hierfür bereits umfangreiche Förderungen von Bund und Land. Wir wollen diese Unterstützung aufstocken, insbesondere auch um soziale Härten zu vermeiden. Die Umstellung der bisher noch fast ausschliesslich fossilen Wärmeerzeugung der Stadtwerke Lübeck für Nah- und Fernwärme auf regenerative Wärmequellen ist eine enorme finanzielle und technische Herausforderung. Wir begrüßen daher die ersten Pilotprojekte der Stadtwerke für regenerativer Wärmeerzeugung, es bedarf aber einer deutlichen Steigerung des bisher geplanten Investitionsvolumens in den kommenden Jahren, um die bestehenden Klimaziele zu erreichen. Insbesondere dürfen von den Stadtwerken keine neuen fossilen Heizkraftwerke (und KWK) mehr errichtet werden. Stattdessen sind in Erdboden, Gewässern und Abwässern große, regenerative Energiemengen verfügbar, die durch den Einsatz von (Groß-)Wärmepumpen nutzbar gemacht werden sollten. Wir sind bereit, diese Transformation auch mit Haushaltsmitteln zu unterstützen, wenn notwendig. Die Ausweitung der zunehmend regenerativen Fern- und Nahwärme ist ein wichtiger Hebel der Wärmewende, sowohl durch zusätzliche Netze als auch durch zusätzliche Anschlüsse in den bestehenden Netzen. Entscheidend sind dabei attraktive und wettbewerbsfähige Konditionen, die wir über die Stadtwerke

sicherstellen werden. Insgesamt müssen die Geschäftsziele der Stadtwerke als kommunaler Betrieb darauf ausgerichtet werden, schnellstmöglich, spätestens bis 2035, keine fossilen Energieträger mehr zu nutzen und zu handeln.

In den bestehenden Fernwärmenetzen sollten die Vorlauftemperaturen überprüft und auf das minimal benötigte Niveau abgesenkt werden. Dies reduziert Übertragungsverluste und verbessert die Nutzung erneuerbarer Energien erheblich. Die Ausweitung von Fernwärmenetzen streben wir prinzipiell an, solange es sinnvoller ist als eine dezentrale hauseigene Wärmeversorgung.

Die Kapazitäten der Stromnetze müssen bedarfsgerecht erhöht werden, um insbesondere die Versorgung von Wärmepumpen und E-Mobilität sicherzustellen.. Dies schließt explizit die Entwicklung der notwendigen Speicherkapazitäten ein. Den Aufbau dieser Infrastruktur für eine sichere, klimaneutrale Energieversorgung werden wir schnellstmöglich mit Nachdruck voranbringen.

Energie einsparen

Das Einsparen von Strom und Gas ist nicht nur wichtig, um Treibhausgasemissionen zu vermeiden, sondern ist auch ein wichtiger Beitrag, um die Folgen der gestiegenen Energiepreise abzumindern.

Wir fordern eine städtische Öffentlichkeitskampagne und fortlaufende Aktionen, um Bürger*innen die Einsparpotenziale durch Verhaltensänderungen aufzuzeigen. Auch in Lübecker Unternehmen sind viele Einsparpotentiale vorhanden, auch durch rentable Investitionen, die bisher nicht realisiert werden, weil die Aufgaben des Kerngeschäfts zu wenig Kapazitäten für deren Analyse und Umsetzung lassen. Hierfür werden wir qualifizierte Beratungsangebote auf- und ausbauen, die dort unterstützen. Ein Beispiel ist das Projekt ÖKOPROFIT® (Ökologisches Projekt für integrierte Umwelt Technik), ein individuelles Beratungs- und Zertifizierungsprojekt speziell für kleinere und mittelständische Betriebe zu Energieeinsparung, Kostensenkung und Umweltmanagement. ÖKOPROFIT® soll in Lübeck noch bekannter gemacht und gestärkt werden.

Auch in der Verwaltung der Hansestadt bestehen umfangreiche Energieeinsparpotentiale. Zum Teil werden diese bisher wegen begrenzter Personalressourcen nicht umgesetzt. Dazu zählen z.B. die Umrüstung der Beleuchtung in städtischen Gebäuden auf LED-Leuchten, wo dies noch nicht geschehen ist, die Umrüstung der Flutlichtanlagen auf Sportplätzen und der Gaslaternen in der Altstadt. Hier werden wir durch personelle Aufstockung dafür sorgen, dass in Lübeck Emissionen und Geld gespart werden. Zusätzlich wollen wir in Lübeck ein sogenanntes und gefördertes "Kommunales Energiemanagement" einführen, bei in einem strukturierten Prozess Einsparpotentiale analysiert und

umgesetzt werden.

Kompetenzen für Klimaneutralität in Lübeck

In Lübeck ist mit Einrichtungen wie dem Wasserstoff-Kompetenzzentrum an der TH Lübeck, der Klimaleitstelle, verschiedenen Organisationen wie der BürgerEnergie und kompetenten Planer*innen bereits eine große, lokale Expertise vorhanden. Diese Expertise wollen wir in die Prozesse zur Umstellung auf erneuerbare Energien einbinden und weiter ausbauen. Hierfür wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen (z.B. Politik und Verwaltung in Stadt und Land, Forschung und Wirtschaft) stärken.

Wir wollen auch weiteren Quellen großer Energieverbräuche und CO₂-Ausstöße identifizieren und ausräumen. Dafür fordern wir einen KLima-Check für Stadt und Unternehmen, der Geschäftsprozesse, Beschaffungsketten und Gebäude einschließt. Auch das „Klimaforum“ als Vernetzungsort zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Bürger*innen und Politik wollen wir weiterführen und ausbauen.

Wir fordern den Bau des schon mehrfach geplanten Klimahauses an der TH Lübeck mit dem Ziel der Vermittlung und Beratung zu Klimaschutz insbesondere im Energiebereich für Bürger*innen, Schulen, Unternehmen, Vereine und Verbände.

Lübecks Umwelt schützen

Lübeck fit für die Zukunft machen! - Klimaanpassung

Trotz aller Anstrengungen für den Klimaschutz werden die Folgen der Klimakrise auch vor Lübeck nicht haltmachen. Daher sind neben Klimaschutzbestrebungen auch Maßnahmen der Klimafolgenanpassung notwendig. Das 2020 von der Lübecker Bürgerschaft beschlossene Klimaanpassungskonzept soll konsequent und beschleunigt umgesetzt und Klimaanpassung in Zukunft bei allen Planungen mitgedacht werden.

Zu erwarten sind in Zukunft vermehrt: Starkregenereignisse, Trave- und Ostseehochwasser, Trockenheit und Dürreperioden, Hitzewellen, Winterlicher Dauerregen und mittelfristig ein Anstieg des Meeresspiegels.

Wir fordern deshalb, dass Lübeck sich die nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung zum Ziel setzt und Planungen am „Prinzip Schwammstadt“ orientiert. Hierbei wird anfallendes Regenwasser lokal und dezentral gespeichert und nicht zentral

abgeleitet, was bei Starkregen die Kanalisation überfordert und das Risiko für Überschwemmungen erhöht. In einer "Schwammstadt" dagegen verdunstet und versickert das Regenwasser in längeren Zeiträumen und über die ganze Stadt verteilt. Maßnahmen zur Versickerung und Verdunstung sind zum Beispiel Regenwasserrückhalt und Entsiegelung.

Durch die dezentrale Speicherung von Regenwasser entsteht auch ein Wasservorrat für Dürre- und Hitzezeiten.

Unversiegelte Flächen spielen nicht nur im Kontext der Wasserbewirtschaftung eine wichtige Rolle. Wir setzen uns daher für den Schutz dieser ein.

Parkplätze sollen wenn möglich entsiegelt und bei Neuanlage wasserdurchlässig geplant werden.

Zur Verbesserung des Wasserhaushalts und aus Gründen der Beschattung sollen an allen geeigneten Stellen im Stadtgebiet großkronige Bäume gepflanzt werden. Auch die Lübecker Altstadt wollen wir weiter begrünen, beispielsweise die Plätze Koberg, Klingenberg, Drehbrückenplatz und Schrang. Klimarobuste Arten werden dabei zunehmend an Bedeutung gewinnen. Bei Bauvorhaben wollen wir Stadt-, Strassen- und Alleeebäume besser als bisher schützen. Die Gestaltung und das Management von Grünflächen sollen nach einheitlichen ökologischen Standards erfolgen. Hierbei sollen die unterschiedlichen Fachbereiche der Stadt in enger Abstimmung stehen. Das Grünflächenmanagement muss personell und finanziell besser ausgestattet werden.

Für das einmalige Gartendenkmal der Wallanlagen fordern wir die sofortige Sanierung und Wiederherstellung. Dieser grüne Ring um die Innenstadt ist eine kostenlose Klimaanlage für die Innenstadt im Sommer, sowie Sport- und Erholungsfläche in zentraler Lage.

Die Landesbauordnung sieht aus gutem Grund die Begrünung der nicht überbauten Grundstücksflächen vor. Sogenannte „Schottergärten“ sind somit grundsätzlich nicht zulässig. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Maßgaben konsequenter und mit zusätzlichem Personal umgesetzt und kontrolliert werden. Außerdem fordern wir eine vermehrte Aufklärung über eine naturnahe Gartengestaltung.

Intakte Frisch- und Kaltluftschneisen dürfen nicht bebaut werden, um die dichter besiedelten Stadtteile vor sommerlicher Überhitzung zu schützen. Diese Freihaltung hat Priorität bei möglichen Zielkonflikten mit anderen städtebaulichen Planungen. Wir setzen uns für die unverzügliche Umsetzung der Ziele des Klimalandchaftsplanes im Rahmen des Flächennutzungsplanes ein.

Lübeck soll grüner werden! - Naturschutz und Biodiversität

Lübeck besitzt durch weiträumige Grünflächen, Feuchtgebiete, Moore und große Wasserflächen sowie den Lübecker Stadtwald einzigartige Voraussetzungen für stadtnahen Naturschutz. Diese grüne Infrastruktur, inklusive der reichhaltigen Flora und Fauna, zu schützen und aufzuwerten ist uns ein Anliegen. Neben der Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Neben der Klimakrise ist das Aussterben der Biodiversität die große Herausforderung dieses Jahrhunderts.

Die Klimakrise und der Verlust der biologischen Vielfalt beeinflussen sich gegenseitig und haben zu einem großen Teil die gleichen Lösungen. Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz können und müssen daher zusammen gedacht werden.

Mit der Umsetzung einiger Maßnahmen des Masterplans Klimaschutz wurde bereits begonnen, allerdings sind die personellen Kapazitäten für die zeitnahe Bearbeitung nicht ausreichend. Wir fordern daher die personelle Aufstockung im Bereich Umwelt/Naturschutz/Verbraucherschutz um mindestens zwei Stellen.

Aus landwirtschaftlich genutzten ehemaligen Moorböden entweicht viel CO₂ in die Atmosphäre. Mit angepasster Nutzung können diese organischen Böden mit extensiver Bewirtschaftung langfristig viel Kohlenstoff binden.

Hierzu sollen die bestehenden Pachtverträge überprüft und angepasst und die Wasserstände auf Flächen, wo Feuchtgrünland möglich ist, angehoben werden. Zur Finanzierung sollen auch bestehende Fördermaßnahmen des Landes ausgeschöpft werden.

Entwässerte Kernmoore sollen wiedervernässt werden. Die Wiedervernässung entwässerter Moore setzt das Torfwachstum in Gang und bewirkt eine Umwandlung der Moorböden von CO₂-Quellen zu CO₂-Senken. Bei der Speicherung von CO₂ spielen Moore mit einem intakten Wasserhaushalt eine besondere Rolle, da Moorböden CO₂ langfristig binden.

Zu diesem Zweck sollen mit Hilfe von Tauschflächen für Landwirt*innen Flächen erworben werden, um z.B. beim Krummesser Moor mit der Wiedervernässung zu beginnen.

Die stadteigenen Güter Lübecks sollen bei Neuverpachtung an Betriebe vergeben werden, die nach den Kriterien des ökologischen Landbaus wirtschaften. Dies ist

bei drei von vier Stadtgütern bereits erfolgt und soll weiter fortgeführt werden.

Für optimiertes Humusmanagement sollen konventionell wirtschaftende Landwirt*innen motiviert werden. Außerdem soll es dafür Auflagen in den städtischen Pachtverträgen geben.

Landwirt:innen sind unverzichtbare Partner:innen bei der Umsetzung von Klima- und Naturschutzmaßnahmen. Um eine sinnvolle, kostendeckende sowie ertrag- und gewinnbringende Landnutzung mit den Zielen des Natur- und Klimaschutzes in Einklang zu bringen, müssen sich alle Akteur:innen (Landwirt:innen, Jäger:innen, private Grundstücks- und Waldeigentümer:innen, Umweltverbände und die Verwaltung) vernetzen. Das Ziel ist, auch auf privaten Flächen ökologisch angepasster zu wirtschaften. Um die Kohlenstoffbindung in landwirtschaftlich genutzten Oberböden zu erhöhen, soll die Stadt Lübeck auf Ackerflächen des Stadtgebietes die Wirtschaftsweise des ökologischen Landbaus anstreben. Zu diesem Zweck wollen wir einen Runden Tisch Landwirtschaft ins Leben rufen.

Wir Grünen in Lübeck setzen uns für den weiteren konsequenten Schutz von Knicks im Stadtgebiet ein. Wo immer möglich und sinnvoll, sollte die Neuanlage von Knicks geprüft und durchgeführt werden. Falls ein intakter Knick beseitigt werden muss, muss eine ausreichend große Ersatzpflanzung an geeigneter Stelle durchgeführt werden.

Der Lübecker Stadtwald ist mit seiner naturnahen Waldbewirtschaftung, des sogenannten „Lübecker Waldkonzepts“ weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und ein Vorbild für viele andere Wälder. Wir Lübecker Grünen befürworten diesen Ansatz und unterstützen eine Weiterentwicklung des Konzepts. Wir wollen Ackerflächen, die sich an die bestehenden Waldflächen anschließen, in Wald umwandeln, um einen „grünen Ring“ um Lübeck zu ziehen, der möglichst an andere Wälder oder naturnahe Flächen anknüpfen soll, um die Biodiversität zu erhöhen.

Das gezielte Anpflanzen von Blühpflanzen oder Wildblumen auf nicht intensiv genutzten öffentlichen Flächen wirkt sich positiv auf die Biodiversität in der Stadt aus. Derartige Maßnahmen haben neben einer Sensibilisierung der Bevölkerung auch eine Erhöhung der Attraktivität des städtischen Umfeldes zur Folge. Wir fordern daher biodiversitätsfördernde Gestaltung und Begrünung hierfür geeigneter städtischer Flächen, Grünflächen, Parks, Verkehrsinseln, Randstreifen jeglicher Art und Versickerungsstreifen an Straßen.

Bei Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern sowie bei extensiven Blühstreifen soll auf regional angepasstes Pflanzgut geachtet werden. Sofern aus Gründen der Hitzeresistenz an bestimmten Stellen klimarobusten Arten der Vorzug gegeben werden muss, ist jeweils eine sorgfältige Abwägung erforderlich.

Alle Strassenränder sollen zum Schutz der Insekten weniger oft gemäht werden. Pflanzenschutzmittel sowie mineralische Dünger sollen auf öffentlichen Grünflächen weder von der Stadt Lübeck noch von Fremdanbietern angewendet werden.

Zum Schutz von Insekten und anderen nachtaktiven Tieren wollen wir uns dafür einsetzen, dass das Beleuchtungskonzept der Stadt geprüft und gegebenenfalls erneuert wird, um geeignete Maßnahmen gegen unnötige Lichtverschmutzung zu ergreifen.

Der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen zum Thema Biodiversität und Biotopvernetzung über die Stadtgrenzen hinaus soll intensiviert und ausgebaut werden.

Kleingärten sind Orte der Erholung, Selbstversorgung und Gemeinschaft und können bei ausreichender und naturnaher Vielfalt der Bepflanzung einen wichtigen Beitrag zur städtischen Artenvielfalt leisten. Um den Bestand an Kleingärten zu sichern und zu erhalten, wollen wir Bewirtschaftung und Strukturen zukunftsfähig gestalten. Ein runder Tisch Kleingärten soll mit Nutzer*innen (Kleingärtner*innen, Grünem Kreis, Bielefeld-Gärten und weiteren Interessierten) alternative und klimasichere Formen der Nutzung entwickeln und die Umweltbildung stärken.

Urban Gardening und das Konzept der „Essbaren Stadt“ wollen wir unter Mitwirkung der Bürger*innen stärken, ausbauen, vernetzen und in alle Stadtteile bringen.

Das private Lübecker Tierheim erfüllt eine wichtige kommunale Aufgabe. Die finanziellen Mittel dafür wollen wir ausreichend aufstocken. Das Veterinäramt Lübeck ist personell und organisatorisch mit einer zusätzlichen Planstelle besser auszustatten. Weiterhin sollte die Verwaltung verstärkt auf die Möglichkeit der Katzenkastration hinweisen.

Ostsee schützen

Meeresschutz ist Klimaschutz - denn Meere sind Teil des globalen Klimasystems und speichern sehr große Mengen CO₂. Unsere Ostsee ist Erholungsraum, Tourismus-, Wirtschafts- und Standortfaktor sowie ein verbindendes Element der hanseatischen Geschichte. Doch ihre Biotope und Artengemeinschaften sind in vielfältiger Hinsicht gefährdet: Sie beginnen zu versauern und werden immer wärmer, eingebrachte Nährstoffe führen zur „Überdüngung“ und Entstehung von Sauerstoffmangelgebieten, sog. „Todeszonen“. Der Eintrag von Müll und Mikroplastik sowie die Munitionsaltslasten belasten das Meer vor „unserer Haustür“ zusätzlich.

Wir wollen Lübeck nach dem Vorbild Kiels zur "Meeresschutzstadt" entwickeln und unterstützen die Einrichtung eines Nationalparks Ostsee.
Wir wollen lokale Stakeholder aus Wissenschaft, Umweltschutz, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen und in Projekten wie "Meeresschutzstädte" oder "ocean-summit" vernetzen.
Wir wollen unsere Ostsee besser schützen, ihre Nutzung nachhaltiger gestalten und ihre Biodiversität und unser aller Lebensgrundlage langfristig erhalten.

Gewässer

Seit geraumer Zeit steigt der Nährstoffgehalt im Gewässersystem Schaalsee- Küchensee- Ratzeburger See- Wakenitz- Krähenteich- Mühlenteich. Dies führt zu einem extremen Algenwachstum, insbesondere in Wakenitz, Krähenteich und Mühlenteich, was zu großen Einschränkungen, beispielsweise für Segelvereine, führt.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein neues Fördervorhaben initiiert wird, das umfassend alle Nährstoffeinträge in das Gewässersystem Ratzeburger See- Wakenitz- Krähenteich und Mühlenteich reduziert. In diesem Fördervorhaben müssen die Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg Vorpommern und die Kreise Nordwestmecklenburg, Lauenburg und Lübeck zusammen alle Einleiter, auch Regenwassereinleiter, ermitteln und Maßnahmen vereinbaren, die die Nährstofffrachten reduzieren.

Kleingewässer und Teiche trocknen in den letzten Jahren immer häufiger aus und füllen sich auch in Regenperioden nicht wieder mit Wasser, weil der Grundwasserspiegel zu tief gefallen ist; das hat katastrophale Folgen für Wasserpflanzen, Fische, Amphibien, Libellen und Vögel. Wir werden uns für ein Monitoring- und Hilfsprogramm einsetzen, um diese wichtigen Biotope in der Landschaft zu erhalten.